Sonnabend, 5. November 1932
Nr. 253. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Wählt SAP
Liste 18

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Wochenend-ausgabe

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Verkehrsstreik geht weiter

in Berlin — Trotz Verbindlichkeitserklärung — Blutiger Polizeiterror
Ein Arbeiter erschossen — Hunderte von Verhaftungen

Schiedsspruch

Berlin, 3. November.

CNB. Im Berliner Verkehrsstreik wurde heute abend ein Schiedsspruch gefällt, nach dem der Manteltarif bis zum 31. März 1933 verlängert wird. Das Lohnabkommen wird verlängert mit der Maßgabe, daß ab 1. November bei den Löhnen sämtlicher Gruppen mit Ausnahme der der Fahrkartenausgeberinnen eine Kürzung von 2 Pfennigen pro Stunde eintritt. Das Lohnabkommen ist mit monatlicher Frist kündbar. (Der Schiedsspruch entspricht wörtlich der in der Urabstimmung von den Verkehrsarbeitern abgelehnten Vereinbarung.)

Die Vertreter der Gewerkschaften lehnten den Schiedsspruch ab, während die BVG-Vertreter die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragten.

. . . vom Schlichter für verbindlich erklärt

Berlin, 3. November.

CNB. Der von den Vertretern der Arbeitgeber zur Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs angerufene Schlichter für den Bezirk Brandenburg hat nach fast zweistündiger Sitzung den Schiedsspruch für verbindlich erklärt, weil die gesetzlichen Voraussetzungen vorlägen. Die im Schiedsspruch vorgeschlagene Regelung entspreche daher bei gerechter Abwägung (!) der Interessen beider Vertragsteile der Billigkeit.

Berlin, 3. November.

CNB. Von einer Stelle, die sich als zentrale Streikleitung der Verkehrsarbeiter bezeichnet, wurde gegen Mitternacht den Redaktionen eine Erklärung zugeleitet, wonach sich an den Beschlüssen der Streikleitung durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches nichts ändere; der Streik werde fortgesetzt.

Der Streik geht geschlossen weiter

Das müssen selbst die offiziösen WTB-Berichte vom Freitagvormittag feststellen. Es heißt da:

„Da der Schiedsspruch und die Verbindlichkeitserklärung des Schlichters im Streik des Personals der Berliner Verkehrsgesellschaft heute früh noch nicht allgemein bekannt war (!!), ist die Arbeiterschaft der BVG noch nicht in den Bahnhöfen erschienen. Die BVG hat jedoch durch Säulenanschlag den Wortlaut des gestrigen Schiedsspruches bekanntgegeben und den Arbeitern eine Frist bis 2 Uhr nachmittags zum Erscheinen auf der Arbeitsstätte gesetzt. Falls (?!) im Laufe des Vormittags durch das Bekanntwerden des Schiedsspruches eine genügende Anzahl BVG-Arbeiter und -Angestellte im Betrieb erscheinen, kann schon am Vormittag mit einer teilweisen Wiederaufnahme des Verkehrs gerechnet werden."

Ohnmachtserklärung — statt entschlossener Kampfführung

Die Gewerkschaftsleitung veröffentlicht folgende Erklärung:

„Die vom Arbeiterrat der BVG durchgeführte Urabstimmung hat eine Mehrheit für die Annahme des Verhandlungsergebnisses der Gewerkschaften nicht erbracht. Nach Ansicht der am Tarifvertrag beteiligten Verbände ist aber auch keine Streikmehrheit erreicht worden. Die Gewerkschaften sehen sich daher außerstande, auf Grund dieser Situation einen neuen Lohntarifvertrag abzuschließen."

Sie wollen offenbar passiv bleiben und das weitere dem Schlichter und — der Polizei überlassen.

Polizeigewalt soll den Streik brechen

Berlin, 3. November.

CNB. Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, hat der Berliner Polizeipräsident im Auftrage des kommissarischen Innenministers alle Maßnahmen getroffen, die den Schutz des arbeitswilligen Verkehrspersonals in Berlin und die Sicherung der Verkehrseinrichtungen verbürgen.

Die Politische Polizei hat heute im Laufe des Nachmittags in den Streik eingegriffen und weit über 50 Streikposten festgenommen. Sie hat sich zu diesem Schritt veranlaßt gesehen, weil nach ihrer Ansicht der Hintergrund für den Streik mehr auf politischem, als auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen ist.

Berlin, 4. November.

WTB. Im Zusammenhang mit dem wilden Streik bei der BVG nahm die Polizei am Donnerstagabend die Berliner Bezirksleitung der RGO fest. Die Mitglieder dieser Gruppe befanden sich in einer Versammlung, die den Zweck hatte, einen Sympathiestreik der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke anzuzetteln. (!!) Insgesamt wurden 52 Funktionäre festgenommen.

Rote Fahne und Welt am Abend verboten

Berlin, 3. November.

WTB. Die der Kommunistischen Partei nahestehende „Welt am Abend" ist vom Berliner Polizeipräsidenten wegen ihrer Stellungnahme zum Verkehrsstreik bis zum 12. November verboten worden.

Der Polizeipräsident hat auch die „Rote Fahne" bis zum 12 November wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und wegen vorbereiteter Handlung zum Hochverrat verboten.

Streikposten erschossen

Berlin, 4. November.

CNB. Vor einem Betriebsbahnhof in Berlin-Schöneberg kam es heute morgen zu Zusammenrottungen streikender BVG-Arbeiter, die die Polizei auseinander zu treiben versuchten. Eine Person wurde so schwer verletzt, daß sie auf dem Transport ins Krankenhaus starb. Eine weitere Person wurde schwer verletzt.

*

Wie alle diese Meldungen zeigen, hat dieser Streik sofort am ersten Tag eine gewaltige politische Bedeutung erlangt. Der ge-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Mit Lügen und Verleumdungen

hetzen die Zeitungen der SPD und der KPD bis zur letzten Minute des Wahlkampfes gegen die SAP. Sie wissen, daß sie uns

sachliche Argumente nicht entgegenstellen können,

weil auch die Arbeiter der Eisernen Front und der KPD immer deutlicher erkennen, daß

die SAP mit allen Voraussagen recht behalten

und unsere politische Linie sich als die allein richtige erwiesen hat.

Unbeirrbar setzen wir unseren Weg fort, aller Schwierigkeiten zum Trotz kämpfen wir weiter in jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle, in jeder Gemeinde, in allen proletarischen Massenorganisationen

für die proletarische Klassenfront!

Arbeiter und Arbeiterinnen, helft uns in diesem Kampfe, den wir einzig und allein im Interesse der Arbeiterklasse führen! Bekundet durch eure Stimmabgabe eure Zustimmung zu unsern politischen Gedanken. Kämpft mit uns

Für die Überwindung des Faschismus und der imperialistischen Kriegsgefahr!

Für die Erneuerung der Arbeiterbewegung!

Für eine lebenswürdige Existenz aller!

Für den Sieg der proletarischen Revolution!

Alle klassenbewußten, zum Kampf entschlossenen Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellten und Beamten, Männer und Frauen, Junge und Alte stimmen am 6. November für die

Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands

Liste 18!

Wendepunkt!

Von Paul Frölich.

Die Reichshauptstadt ist stillgelegt. Keine Straßenbahn, kein Autobus, kein Untergrundzug. Das Straßenbild der Riesenstadt ist gründlich verändert. Leer die Straßen der inneren Stadt. Vor den Bahnhöfen der Stadtbahn stauen sich die Massen in fürchterlicher Enge. Die Hunderttausende sind nicht zu bewältigen. Mit dem Verkehr stockt das gesamte wirtschaftliche Leben. Der Verkehrsproletariat hat seine Faust erhoben und dem Kapital einen betäubenden Schlag versetzt.

Seit einigen Wochen geht eine Welle von Streiks über Deutschland hinweg. Noch konnte man nicht sicher entscheiden, ob das ein kurzes vorübergehendes Aufglimmen der Kampfkraft und des Kampfwillens einzelner Arbeiterschichten oder ein Aufflammen der Arbeiterklasse werde. Es waren zahlreiche Streiks, aber Streiks vor allem in kleinen Betrieben. Doch diese Kämpfe brachten bereits Siege in den meisten Fällen, Siege in einer Zeit tiefster Wirtschaftskrise. Und die Kette reißt nicht ab.

Das waren Zeichen, die die Arbeiterschaft mit neuer Hoffnung erfüllen konnten. Die Hoffnung ist zur Gewißheit geworden. Wir stehen an einem Wendepunkt. Die ganze Arbeiterklasse ist im Vormarsch.

Wie war es noch vor ganz kurzer Zeit? Schwer lastete der Alpdruck der Wirtschaftskrise und der Reaktion auf den Massen. Die Arbeiterklasse zog den Kopf ein und hielt den Buckel hin, auf den Schlag für Schlag niedersauste. Als die Reaktion ihren Streich vom 20. Juli führte, rührte sich nichts in den Massen, obwohl sie empfanden, daß die Geschichte Deutschlands in eine Periode der Entscheidungen eingetreten war. Das deutsche Proletariat duldete und tolerierte, wie es ihm von den Severing und Löbe, den Leipart und Tarnow befohlen war. Zu tief war das Gefühl der Schwäche, des Mißtrauens in die eigene Kraft, zu groß das Risiko, zu drohend die Gefahr, mit hinausgeworfen zu werden in die Millionenarmee der Arbeitslosen und Hungernden. Zu schwer war die Fessel der großen Organisationen, die mit ihrer Politik die Verwirrung vertieften und das Gefühl der Ohnmacht stärkten.

Mit dem Berliner Verkehrsstreik ist der Bann gebrochen. 25 000 Mann im Kampf, das ist eine Macht. Verkehrsstreik in der Viermillionenstadt, das ist eine wuchtige Waffe. Bis in die Tage der Revolution muß man zurückgehen, um auf solche Kämpfe zu stoßen. Noch handelt es sich nur um einen Lohnstreik. Aber — wie er auch ausgehen möge — mit diesem Verkehrsstreik ist der politische Streik in Deutschland auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Reaktion geht gegen den Kampf mit Terrormaßregeln vor. Sie erklärt den Verteidigungskampf gegen den Hunger für Hochverrat. Sie verhaftet in Massen. Sie droht mit furchtbaren Strafen. Sie verhängt den Burgfrieden über das Land. Burgfrieden! Schönes Wort für den Knebel, der den Hungerschrei ersticken, für die Kette, die die Arbeiterklasse bändigen soll!

Doch so stark sich die Regierung der Autorität und der Faust macht, man spürt, wie sie zwischen Zagen und Entschlossenheit schwankt. Heute wissen wir, daß die Regierung am 20. Juli durchaus nicht so sicher war, wie sie sich den Anschein gab. Das Menetekel der großen Proletarieraktion vom Kapp-Putsch sah sie bereits in flammender Schrift an der Wand. Und als sie zum Schlag ausholte, war sie bereits zum Rückzug entschlossen. Nicht vor den Braun und Severing, sondern vor dem Proletariat, das sich zur Wehr setzt.

Die Kapitalistenklasse, die bis jetzt einen Vorstoß nach dem andern unternehmen konnte, ohne auf Widerstand zu stoßen, ist durchaus nicht so stark wie sie scheint. Die Silberstreifen am Horizont der Wirtschaft sind verblichen und weggewischt. In England fällt der Wert des Geldes immer tiefer. In Amerika wie in Deutschland verschärft sich die Krise von neuem. Die Ankurbelungspläne sind zunichte geworden. Der deutsche Kapitalismus holt sich in der Weltpolitik wie auf dem Weltmarkte eine Niederlage nach der anderen. Da brechen die inneren Gegensätze in der kapitalistischen Klasse auf. Jede Schicht sucht sich zu retten, indem sie die andere niedertritt in den Sumpf der Krise. Nicht gestärkt ist der Kapitalismus durch die Diktatur, sondern tiefer erschüttert.

Das heißt, die Stunde ist günstig für das kämpfende Proletariat. Deshalb kommt es

darauf an, nicht zu erlahmen, sich nicht einschüchtern zu lassen, selbst wenn vorübergehende Enttäuschungen kommen sollten, sondern überall unter dem Aufgebot aller Kräfte zu mobilisieren und vorwärts zu marschieren. Doch die Streikoffensive ist nicht nur der Beginn einer Wendung im Kräfteverhältnis der Klassen, sondern auch eine Wendung im Zustand der Arbeiterklasse selbst. Solange die Massen verzweifelt und tatlos waren, hatten die Führer der SPD wie der KPD leichtes Spiel für ihre verhängnisvolle, engstirnige Politik, die die Klasse verwirrte, lähmte, spaltete. Eine Klasse, die zum Kampfe aufmarschiert, die zu Taten entschlossen ist, die bereits kämpft, läßt sich nicht mehr willig leithammeln. Sie weiß, daß jede Schwäche, jede Tücke, jedes Abenteuer das Kampfziel gefährdet. Sie wird nicht weiter mit sich spielen lassen, sondern für jede Tat und jedes Versagen Rechenschaft verlangen. Das Blut pulsiert wieder stark durch den Körper der Arbeiterklasse. Es wird über die Krankheitskeime herfallen und den Körper gesunden.

Darum ist dieser Wendepunkt auch ein Wendepunkt für unsere Partei. Selbst wenn sich das im Augenblick noch nicht in nackten Ziffern zeigen sollte, so wird sich doch auf weitere Sicht erweisen, daß unser bisheriger Kampf nicht umsonst gewesen ist. Und es heißt jetzt mit verdoppelter Kraft und mit gestähltem Mut und Selbstvertrauen unsere Gedanken in die Massen hineinzutragen und sie für unsere Taktik, für die richtigen Lehren des Klassenkampfes zu gewinnen.

Dazu heißt es gerade jetzt noch die letzten Stunden des Wahlkampfes auszunutzen und jetzt erst recht in dem Sinne, in dem wir unsere Propaganda bisher geführt haben:

Das Leben, die großen Kämpfe schreien es in die Welt, daß es sich nicht um parlamentarische Ziele handeln kann, nicht um Mandate, nicht ums Vergangene, sondern daß die große Massenmobilisierung des Proletariats auf dem Blachfeld des offenen Klassenkampfes vor sich gehen muß. Darum jetzt erst recht ist die Stimmenabgabe nichts anderes als ein Bekenntnis für eine große politische Linie, ein Gelöbnis, alle Kräfte einzuspannen für Erweckung des Proletariats, für die Gesundung der Arbeiterklasse, für den Kampf Klasse gegen Klasse!

In diesem Sinne wählt der Arbeiter am Sonntag die Sozialistische Arbeiterpartei.

Liste 18.

Noch keine Entscheidung über das Volksbegehren der SPD

Berlin, 3. November.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte vor einigen Monaten ein Volksbegehren auf Aufhebung der sozialpolitischen Ermächtigung der Reichsnotverordnung beim Reichsinnenminister beantragt. Eine Entscheidung über die Zulassung dieses Volksbegehrens ist noch nicht gefallen. Wie das Nachrichtenbüro des Vdz hört, ist diese Verzögerung darauf zurückzuführen, daß die Zulassung dieses Volksbegehrens eine Reihe von Rechtsfragen aufwirft, die einer gewissenhaften Prüfung bedürfen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind solche Volksbegehren unzulässig, die den Etat des Reiches berühren. Die Klärung dieser Frage ist bei dem sozialdemokratischen Volksbegehren besonders schwierig und macht umfangreiche Besprechungen innerhalb der verschiedenen Reichsressorts notwendig. Solche Besprechungen fanden auch in diesen Tagen wieder statt. Die Entscheidung über die Zulassung des Volksbegehrens wird in der nächsten Zeit, allerdings kaum noch vor den Wahlen, fallen. Angesichts der Schwierigkeiten wird aber in diesem Falle der Innenminister kaum allein die Entscheidung fällen, sondern es ist zu erwarten, daß das Gesamtkabinett zu dem Volksbegehren Stellung nimmt und über Zulassung oder Nichtzulassung entscheidet.

Die KPD unterstützt das sozialdemokratische Volksbegehren

Eine Parteikonferenz der KPD hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Sofern es zu irgendeinem Zeitpunkt zur Durchführung eines Volksbegehrens oder Volksentscheids gegen die Notverordnung der Papenregierung oder gegen einen Teil derselben kommt, wird die KPD sich mit allen Kräften für dieses Volksbegehren und diesen Volksentscheid einsetzen. Die KPD wird dabei die Massen vor parlamentarisch-demokratischen Illusionen warnen und die Kampagne des Volksbegehrens zur Massenmobilisierung für den unmittelbaren Kampf für die Durchsetzung der Arbeiterforderungen in den Betrieben und bei den Erwerbslosen benutzen."

Des weiteren wird in der Entschließung betont, daß die KPD auch bei diesem Anlaß für die Herstellung der kämpfenden proletarischen Einheitsfront von unten eintreten werde. Diese Versicherung hat leider bei dem bekannten Kurs der KPD ebensowenig Bedeutung, wie der Hinweis auf die außerparlamentarischen Aktionen, zu deren Auslösung und Führung die KPD ganz und gar unfähig ist.

Wählt Liste 18!

Braun erfleht Hilfe von Hindenburg

Ein geradezu jämmerliches Gewinsel

Berlin, 3 November.

CNB. Ministerpräsident Braun empfing heute nachmittag Vertreter der Presse und gab ihnen eine Darstellung der Verhandlungen des alten preußischen Staatsministeriums mit dem Reichskommissar über die Wiedereinsetzung in das Amt. Er erklärte, daß alle Versuche, zu einer Verständigung zu gelangen, gescheitert seien. Nachdem nun alle Mittel erschöpft seien, sehe er sich gezwungen, sich morgen erneut an den Herrn Reichspräsidenten zu wenden. Er werde ihm in einem Briefe offen darlegen, wie sich die Dinge seit dem Empfang beim Reichspräsidenten entwickelt hätten. Dabei werde er auseinandersetzen, daß das, worüber nach seiner Meinung bei dem Empfang eine Verständigung herbeigeführt worden sei, die loyale Durchführung des Urteils des Staatsgerichtshofes durch die Reichsregierung, leider nicht eingetreten sei, daß man im Gegenteil versuche, mit kleinlichen Mitteln die Wiedereinsetzung der alten preußischen Regierung in ihr Amt zu verhindern. Weiter werde er darauf hinweisen, daß der Herr Reichspräsident berufen sei, das Urteil auszuführen. Er werde ihn deshalb bitten, den Reichskommissar anzuhalten, endlich dafür zu sorgen, daß das alte preußische Staatsministerium wieder in sein Amt eingesetzt werde. Zum Schluß werde er noch betonen, daß er alles getan habe, um zu einer Verständigung zu gelangen; um so mehr müsse er es bedauern, wenn er gezwungen sei, sich noch einmal an den Staatsgerichtshof zu wenden.

Ministerpräsident Dr. Braun fügte noch hinzu: Wenn erzählt werde, daß er die Absicht habe, mit einem Reichsbannerkommando in der Wilhelmstraße einzuziehen, so verkenne man doch seine ganze Einstellung.

Kabinett Braun unter Kuratel

Berlin, 3. November.

CNB. In Kreisen der kommissarischen preußischen Regierung wird zu den Ausführungen, die der preußische Ministerpräsident Braun heute nachmittag vor Vertretern der Presse gemacht hat, nochmals mit allem Nachdruck betont, daß man nach wie vor in jeder Weise bereit sei, berechtigten Wünschen der preußischen Minister hinsichtlich der Bereitstellung von Arbeitsräumen usw. Rechnung zu tragen. Allerdings bezeichnet man es nach wie vor als unfunlich, den Mitgliedern des Kabinetts Braun Büros in den einzelnen Fachministerien einzuräumen oder gar das Gebäude des Staatsministeriums in der Wilhelmstraße ihnen zur Verfügung zu stellen. Man weist darauf hin, daß die im Wohlfahrtsministerium für das preußische Kabinett angewiesenen Räume durchaus würdig und ausreichend sind.

Nun hat der Ministerpräsident heute nachmittag auch Wünsche hinsichtlich der Verfügung über die Akten und die Beamten geltend gemacht. In Kreisen der kommissarischen Regierung vertritt man demgegenüber die Ansicht, daß, wenn eine verhängnisvolle Verwirrung der Befugnisse vermieden werden soll, der dienstliche Verkehr zwischen den Staatsministerien und anderen preußischen Dienststellen sich nur in der bereits vor einigen Tagen geschilderten Weise vollziehen kann, das heißt indem diesbezügliche Wünsche durch Vermittlung des Ministerialdirektors Brecht dem Beauftragten des Staatskommissars zugeleitet werden. Im übrigen steht dem Ministerpräsidenten Braun der Verkehr mit den stellvertretenden Reichsratbevollmächtigten, die ja höhere Beamte in den Ministerien sind, durchaus frei. Allerdings nur soweit es sich um Reichsratsangelegenheiten handelt. Dabei wird es sich nicht vermeiden lassen, daß die betreffenden Beamten ihren vorgesetzten Staatssekretären darüber Bericht erstatten.

Reichsrats-Sitzung streng vertraulich

Praktisches „Ergebnis": Nächstens eine weitere Sitzung

Berlin, 3. November.

VDZ. Im großen Reichsratssitzungssaal trat heute vormittag der Reichsratsausschuß für Verfassungs- und Geschäftsordnungsfragen zusammen. Den Vorsitz übernahm Reichsinnenminister Freiherr von Gayl, der in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Zweigert, des Ministerialdirektors Dr. Gottheiner und anderer Beamter seines Ministeriums erschienen war. Für Preußen waren die Ministerialdirektoren Brecht und Badt anwesend. Außer den Ländern, die durch ihre Hauptbevollmächtigten vertreten waren, waren auch die preußischen Provinzvertreter vollständig erschienen. Auf der Tagesordnung steht offiziell die Geschäftslage des Reichsrats. Tatsächlich handelt es sich jedoch um eine Sitzung, die als Ersatz für eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Reich und der preußischen Regierung zwischen beiden vereinbart worden ist, damit eine vertrauliche Aussprache über die Differenzen stattfinden kann.

Die Ausschußsitzung war von etwa einstündiger Dauer. Man einigte sich dahin, daß in der nächsten Woche eine neue Sitzung des Verfassungsausschusses stattfinden soll, in der die Verfassungsfragen besprochen werden sollen. Im Anschluß an die heutige Sitzung fand jedoch eine interne Besprechung der Hauptbevollmächtigten der verschiedenen Länder ohne Beteiligung der Reichsregierung über das weitere Verhalten der Länder statt.

Auch die interne Besprechung der Ländervertreter dauerte nur kurze Zeit. Sowohl die Ausschußsitzung als auch diese Konferenz waren streng vertraulich; irgendwelche Auskünfte über den Verlauf der Besprechungen waren nicht zu erlangen. Der endgültige Termin für die nächste Ausschußsitzung steht noch nicht fest, es ist lediglich in Aussicht genommen, daß sie Ende nächster Woche stattfinden soll.

Mai wieder Landtagssitzung

Berlin, 3. November.

Der Preußische Landtag wird, einer Vereinbarung im Aeltestenrat vor der letzten Vertagung gemäß, in der Woche vom 14. bis 19. November zu seiner nächsten Tagung zusammentreten.

Breslauer Metallarbeiter lehnen ab

DMV-Funktionäre auch gegen das neue Verhandlungs-Ergebnis

Die Breslauer Metallarbeiter haben, wie wir berichteten, in der Urabstimmung am 20. Oktober den Schiedsspruch, der für die Arbeiter in der Metallindustrie 1½ Pfennig und in den Betrieben der Elektrotechnik 6 Pfennig Lohnabbau pro Stunde sowie eine Verschlechterung der Akkordsätze vorsah, abgelehnt und mit 82%iger Mehrheit für Streik gestimmt. Unter dem Druck dieser Kampfesstimmung der Arbeiter haben die Metallindustriellen bei erneuten Verhandlungen einige weitere, jedoch ganz unzureichende Zugeständnisse gemacht. Der Lohnabbau für die Elektrotechniker soll jetzt nur noch 3 Pfennig, d. h. in der Spitze jetzt 73,5 Pfennig betragen, der Abbau von 1½ Pfennig in der Metallindustrie soll aber bleiben. Des weiteren soll der von den Metallarbeitern allgemein abgelehnte Satz in der Zusatzvereinbarung zu dem Schiedsspruch „daß dann keine Veranlassung zu einer Akkordrevision gegeben sein soll, wenn es sich um Akkorde handelt, die zur Zeit nur einen durchschnittlichen Überverdienst bis zu 33⅓% erbringen" jetzt vollkommen gestrichen werden.

Mit diesem Verhandlungsergebnis beschäftigte sich am Donnerstag eine Betriebsräte- und Vertrauensleute-Sitzung der Breslauer Metallindustrie. Fast sämtliche Diskussionsredner sprachen sich mit aller Schärfe auch gegen den neuen Vorschlag der Unternehmer aus. Es wurde durchweg verlangt: Unverändertes Fortbestehen der bisherigen Löhne und Akkordbestimmungen, andernfalls Kampf bezw. lieber gar keinen Lohntarif. Dementsprechend wurde auch mit erdrückender Mehrheit das neue Verhandlungsergebnis abgelehnt.

Auch dieses Versammlungsergebnis zeigt, daß die Breslauer Metallarbeiter gewillt sind, gegen jeden Pfennig Lohnabbau und gegen jede Akkordverschlechterung den Kampf zu führen.

Um die Durchführung der sächsischen Gemeindewahlen

Dresden, 3. November.

CNB. Die sächsische Regierung ist im Hinblick auf das vom Reichspräsidenten für die Zeit vom 6. bis 19. November erlassene Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen mit Rücksicht darauf, daß am 13. November in Sachsen Gemeindewahlen stattfinden, sofort beim Reichsministerium des Innern wegen einer Ausnahmebewilligung für Sachsen für die Zeit vom 6. bis 13. November vorstellig geworden.

Der Berliner Verkehrsstreik

(Fortsetzung von Seite 1)

samte Machtapparat des kapitalistischen Staates mit allen seinen Hilfsorganen wird eingesetzt, um diesen Kampf so schnell wie möglich abzuwürgen, ja mit Brachialgewalt blutig niederzuschlagen.

Es war selbstverständlich, daß sofort der offizielle Lohnabbauapparat, die Schlichtungsbehörde, eingesetzt und auch mit affenartiger Geschwindigkeit der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wurde. Doch wie die Meldungen zeigen, hat dieses, bisher dank der staatsbejahenden Politik der Gewerkschaftsführer so gut funktionierende Mittel zur Streikabwürgung diesmal nicht verfangen. Die Arbeiter streiken trotz Verbindlichkeitserklärungen weiter.

Die Polizei „schützt" nicht nur die wenigen Streikbrecher und verbietet Arbeiterzeitungen, sondern verhaftet massenhaft Streikposten und Streikleitungsmitglieder, in schicht die Streikposten nieder mit dem Erfolg, daß jetzt schon tote und schwerverletzte Arbeiter auf der Strecke liegen.

Das Verhalten der reformistischen Gewerkschaftsführer ist skandalös. Statt nun, nachdem nun die Verkehrsarbeiter geschlossen in den Streik traten, aus den Dingen die notwendige Lehre zu ziehen und im Interesse der Gewerkschaft den Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen und zu führen, verhalten sie sich völlig passiv. Sie dishreditieren und die freien Gewerkschaften schwerste und geben so neben der RGO vor allem den Nazis die Möglichkeit, sich als große Streikhelden und die wahren Vertreter der Arbeiterinteressen aufzuspielen. Denn es streiken nicht nur alle Nazi-Proleten mit, sondern ihre NSBO-Leitung wie auch der „Angriff" veröffentlichen bombastische Erklärungen für den Streik. Auf diese Art wird der Hitler-Partei ein wirklich ernsthafter Einbruch in die Reihen der Betriebsarbeiterschaft gelingen. Das Ganze würde für die Nationalsozialisten einen mächtigen Auftrieb für die Wahlen am 6. November bedeuten. Wir warnen alle Arbeiter, sich durch das Nazi-Manöver irgendwie beeinflussen zu lassen. Aus demagogischen Gründen setzen sich die Nazis heute für den Streik ein, um morgen mit Papen gemeinsam dieselben Arbeiter niederschlagen zu können.

Gerade deshalb ist es aber auch notwendig, daß alle klassenbewußten Arbeiter ihre Gewerkschaften zu einer anderen Stellungnahme zwingen und den Verkehrsstreik mit allen Mitteln unterstützen.

Zentrum für neue Verhandlungen mit den Nazis

VDZ. Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages hat sich am Mittwoch und Donnerstag eingehend mit der Lage befaßt, die infolge der Maßnahmen der Reichsregierung nach dem Leipziger Urteil in Preußen entstanden ist. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ erfährt, ist der Vorstand der Zentrumsfraktion mit dem Kabinett Braun der Auffassung, daß die Maßnahmen der Reichsregierung dem Sinn und Buchstaben des Leipzigers Urteils besonders angesichts dessen Begründung, widersprechen und vor allen Dingen mit dem Wunsch des Reichspräsidenten auf eine friedliche Zusammenarbeit nicht zu vereinbaren sind. Der Vorstand der Zentrumsfraktion ist der Ansicht, daß es nun Sache des Preußischen Landtages sei, möglichst bald durch Schaffung einer verfassungsmäßigen Staatsregierung dafür Sorge zu tragen, daß der Reichskommissar für Preußen bald der Vergangenheit angehöre. Der Fraktionsvorstand ist von seinem Standpunkt aus bereit, alle dahingehenden Bestrebungen zu unterstützen.

Nach Lage der Dinge bedeutet das, daß die Zentrumspartei erneut ihre Bereitschaft bekundet, mit den Nazis in Verhandlungen über eine gemeinsame Regierung in Preußen (und dann vielleicht auch im Reich) einzutreten.

Brandbombe gegen SPD-Versammlung

Altona, 3. November.

CNB. Kurz vor Beginn einer SPD-Kundgebung in Klein-Flottbeck wurde am Mittwochabend durch ein Fenster des Versammlungslokals von unbekannten Tätern ein kugelförmiges Holzgefäß mit brennendem Teer auf das Podium geschleudert.

Die sozialdemokratische Dreckschleuder

Die Breslauer „Volkswacht", die politisch ebenso wie die ganze sozialdemokratische Partei am Ende ihres Lateins ist, benutzt auch die heutige bei Redaktionsschluß unseres Blattes erschienene Nummer, um wieder in Riesenaufmachung an der Spitze ihrer Ausgabe eine ganze Seite lang Dreck zu schleudern gegen die Sozialistische Arbeiterpartei. Die sozialdemokratische Presse weiß, daß sie für ihre Politik, die zum furchtbaren Schaden der Arbeiterklasse so jämmerlich bankrott gemacht hat, keine Anhänger gewinnen kann. In ihrer Verzweiflung greift sie zu den dreckigsten Mitteln, um vielleicht auf diese Weise der verhaßten SAP Abbruch tun zu können. Wir haben bereits gestern das Notwendige dazu gesagt und werden im übrigen in der morgigen Nummer noch einmal auf diese Kampfesweise der sozialdemokratischen Presse zurückkommen.

Prozeß Bullerjahn beginnt

Erster Erfolg der Verteidigung: es wird öffentlich verhandelt!

(Eigener Bericht der SAZ.)

Um unsere Leser über die Vorgeschichte des Prozesses Bullerjahn zu informieren, geben wir im Folgenden den Bericht einer Pressekonferenz wieder, auf der Genosse Rosenfeld, der Verteidiger Bullerjahns, dieser Tage eine zusammenfassende Darstellung der Sachlage gegeben hat.

Berlin, 2. November.

Auf Einladung der Liga für Menschenrechte sprach heute auf einer Pressekonferenz Rechtsanwalt Genosse Dr. Kurt Rosenfeld über den am Donnerstag in Leipzig beginnenden Wiederaufnahmeprozeß Walter Bullerjahns. Dr. Rosenfeld ging zunächst auf die Vorgeschichte des Falles ein. Der Verrat Bullerjahns sei darin erblickt worden, daß er der Interalliierten Militärkommission Angaben über verhemlichtes Heeresgut gemacht habe, das bei den Berlin-Karlsruher Industriewerken in Berlin, wo er tätig war, lagerte. Das Reichsgericht habe die Beweggründe für den Verrat Bullerjahns in Rachsucht und in dem Wunsch nach Gelderwerb erblickt; in Rachsucht, weil Bullerjahn einmal einer Schrotschiebung verdächtigt worden sei, und in dem Wunsch nach Gelderwerb, weil er damals gerade vor Weihnachten Geld gebraucht habe. Das Reichsgericht sei zu einem Urteil

lediglich auf Grund von schwachen Indizien

gekommen.

Eine besondere Rolle habe in der damaligen Verhandlung die Aussage einer „ungenannten Vertrauensperson" gespielt, die vom Reichsgericht gar nicht vernommen worden sei, sondern nur vor einem Polizeibeamten und zwei Untersuchungsrichtern ihre Aussage dahin gemacht habe, daß Bullerjahn kurz vor Weihnachten mit dem Leutnant Jost von der Interalliierten Kommission verhandelt und 1200 bis 1400 Mark für seinen Verrat erhalten habe. Es sei bewiesen, daß dieser Zeuge nur Mitteilungen gemacht habe, die er nur vom Hörensagen erfahren hätte.

Der Verteidigung sei es gelungen, diesen ungenannten Zeugen zu ermitteln in der Person des früheren Generaldirektors der Berlin-Karlsruher Industriewerke Paul von Gontard. In den Akten stehe, er habe sich nur unter der Bedingung als Zeuge vernehmen lassen, wenn sein Name in den Akten und in der Verhandlung nicht genannt würde. Die Verteidigung habe ferner die Glaubwürdigkeit des Herrn von Gontard bestritten und es sei jetzt gelungen, in dieser Hinsicht wichtige Tatsachen beizubringen.

So habe Herr von Gontard schon im Jahre 1910 die Oeffentlichkeit geläuscht, weil er in die Pariser Presse die falsche Nachricht lanziert habe, daß die französische Heeresverwaltung die Zahl ihrer Maschinengewehre verdoppeln wolle, um auf diese Weise entsprechende Aufträge von der preußischen Heeresverwaltung zu erhalten. Neuerdings sei aber

eine ganze Reihe von Großindustriellen gegen von Gontard

aufgetreten, und zwar der jetzt verstorbene Geheimrat Louis Hagen, Herr von Stauß von der Deutschen Bank und der langjährige Aufsichtsratsvorsitzende der Berlin-Karlsruher Industriewerke, Dr. Quandt. Louis Hagen habe von Gontard zum Vorwurf gemacht, daß er ein Schriftstück, das sich auf die Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden bezog, nach der Signierung durch Hagen in zwei wichtigen Punkten abgeändert habe, und er habe weiter erklärt, daß man die Aussagen Gontards sorgfältig nachprüfen müsse, wenn man etwas auf sie geben wolle.

Herr von Stauß habe bekundet, daß von Gontard sich über die Betriebskonten

einer schweren Täuschung des Aufsichtsrates über die tatsächlichen Geschäftsergebnisse schuldig gemacht

und daß er Briefe geschrieben habe, die nur als Erpressungsversuch bezeichnet werden könnten. So habe von Gontard an Herrn von Stauß geschrieben, daß jeder Versuch einer Aenderung in der Leitung der Daimler Motorengesellschaft einen offenen Skandal a la Barmat unvermeidlich machen würde. Das Reichsgericht habe offenbar die Ueberzeugung gewonnen, daß das, was über die Glaubwürdigkeit des Herrn Gontard behauptet worden sei, erheblich wäre.

Dr Rosenfeld betonte dann noch, daß alle Bemühungen, den französischen Leutnant Jost als Zeuge vor ein deutsches Gericht zu bekommen, gescheitert seien. Dem Schriftsteller Berthold Jacob sei es aber gelungen, Jost im Jahre 1928 in Frankreich zu ermitteln und ihn über den Fall Bullerjahn zu befragen.

Dabei habe Jost erklärt, er kenne Bullerjahn gar nicht, habe ihn auch nie empfangen und der Verrat sei damals von einem anderen verübt worden.

Weiter verwies der Verteidiger auf die Gutachten hervorragender Strafrechtler, insbesondere auf die Ausführungen des Geheimrats Kohl, der sich auch für das Wiederaufnahmeverfahren eingesetzt hat. Das Reichsgerichtsurteil gegen Bullerjahn sei völlig erschüttert.

Es sei nur zu hoffen, daß die Verhandlungen in voller Oeffentlichkeit geführt würden, zumal jetzt kein Anlaß mehr für ihren Ausschluß bestehe. Er, der Verteidiger, zweifle nicht am Freispruch.

Weiter wurde noch mitgeteilt, daß das Reichsgericht auf das Zeugnis des Arbeiters Porath, der Bullerjahn im Hauptverfahren belastet hatte, verzichtet hat, weil Porath jetzt als geisteskrank erkannt worden ist.

•

Leipzig, 3. November.

W. TU. Unter zahlreicher Beteiligung der Oeffentlichkeit und der Presse wurde heute das Wiederaufnahmeverfahren gegen den Oberlagerverwalter Walter Bullerjahn eröffnet. Das Reichswehrministerium hat sein besonderes Interesse an diesem Prozeß durch die Entsendung eines Sachverständigen, des Majors Himmler, dokumentiert. Die Anklage wird von dem Oberreichsanwalt Werner und dem Reichsanwalt Nagel vertreten.

Gleich zu Beginn des Prozesses gibt es einige

dramatische Szenen.

Unser Genosse Dr. Kurt Rosenfeld, als Verteidiger des Angeklagten, wünscht die Entfernung des Rechtsanwalts von Bergh aus dem Zuhörerraum, der in der Angelegenheit des Zeugen von Gontard wahrscheinlich ebenfalls als Zeuge vernommen werden soll. Man einigt sich darauf, den Rechtsanwalt von Bergh solange im Saal zu belassen, bis der Komplex, zu dem er als Zeuge vernommen werden soll, zur Beratung kommt.

Sodann erhebt sich Oberreichsanwalt Werner und

beantragt genau wie bei dem ersten Prozeß, den Ausschluß der Oeffentlichkeit für die Dauer des Prozesses aus Gründen der Staatssicherheit.

Mit aller Schärfe und Leidenschaftlichkeit wendet sich Genosse Dr. Rosenfeld gegen diesen Antrag der Oberreichsanwaltschaft. „Das deutsche Volk würde nicht verstehen, wenn das höchste deutsche Gericht den Vorhang vor dieses Verfahren erneut zuziehen sollte."

Das Gericht verkündet nach kurzer Beratung den Beschluß, für die Dauer der Begründung des Antrages durch den Oberreichsanwalt die Oeffentlichkeit auszuschließen.

Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Verhandlung

— das Gericht entschied im Sinne der Verteidigung —

wurde in die Vernehmung des Angeklagten eingetreten. Dieser schildert seine Entwicklung bis zum Eintritt in die Berlin-Karlsruher Industriewerke. Ein längerer Wortwechsel entspinnt sich über den eigentlichen Aufgabenkreis Bullerjahns. Dabei kommt es auch zu einem interessanten Zwischenfall. Bullerjahn wird aufgefordert, in einem Plan, der dem Reichsgericht vorliegt, die Lager einzuzeichnen, die seiner Aufsicht unterstanden. In diesem Plan sind die einzelnen Lager mit Nummern verzeichnet. Da erhebt sich Reichsgerichtsrat Dr. Coenders, der einzige Richter, von dem bekannt ist, daß er das erste Urteil anzweifelt, und fragt, wann denn die Nummern eingezeichnet worden seien. Der Berichterstatter, Reichsgerichtsrat Kinner, antwortet, daß dies nach dem Verfahren geschehen sei. Die Verhandlungen dauern an

Die „Freiheit" der SPD

Erwerbslose haben bei der SPD den Mund zu halten

Breslau.

Mit Handzetteln und großen „Volkswacht"-Anzeigen rief die SPD zu einer öffentlichen Erwerbslosenversammlung für Donnerstag vormittag ins Gewerkschaftshaus auf. Als Redner wurde Paul Löbe angekündigt. Die Aussicht, ohne Eintritt zu bezahlen, den Reichstagspräsidenten a. D. „höchstselbst" zu sehen und zu hören, hatte viele neugierige Arbeitslose und anderes Publikum angelockt, so daß der große Saal bald voll war und auch im kleinen Saal eine Parallelversammlung aufgemacht werden konnte.

Aber o weh — der große Paule kam nicht, er hat eine Autopanne (!!) (wers glaubt wird selig!) so wurde verkündigt. Bei den großen Empfängen und Festessen passiert so etwas nicht, da ist der ewig lächelnde Paul immer sehr pünktlich. Aber wenn es in eine Erwerbslosenversammlung gehen soll, da bekommt begreiflicherweise der „Motor" — Hemmungen. Sehr merkwürdig war nur, daß 3 (drei) Redner sofort da waren, die nun auf die Versammlung losgelassen wurden. Zuerst ein Repräsentant der preußischen Machtpositionen, Regierungsrat Hamburger. Er sprach eine halbe Stunde, und zwar: Als die SPD stark war, gabs viel Unterstützung, jetzt, da sie schwächer ist, gibts eben wenig, also wählt SPD. Er sagte nichts von der Politik des Kabinetts Hermann Müller, das 1929 die erste Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung durchführte.

Als zweite kam Auguste Kuhnert, die die „eisernen Mannen" mit einem kräftigen Freiheit begrüßte. Ihr Wunsch war, nur soviel SPD wählen, daß die SPD das nächstemal wieder Liste 1 bekommt. — Zwischen den Reden gabs Musik. — Als dritter kam Swolinski, der hatte die Aufgabe, das „sozialistische" Wirtschaftsprogramm der SPD zu vertreten. Er hetzte in geradezu widerlicher Weise gegen Rußland. Dann beklagte er den Verlust von über 20 Milliarden Mark Kaufkraft der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren. Er vergaß aber zu sagen, daß das zum größten Teil der Lohnabbaupolitik der von ihm gelobten und tolerierten Brüningregierung ist.

Keiner der Redner wies darauf hin, daß alle Notverordnungen die Unterschrift des SPD-„Retters" Hindenburg tragen. Das ist sicher peinlich, ist er doch der Mann der Eisernen Front.

Statt Diskussion, Musik

Obwohl die Versammlung ausdrücklich als eine öffentliche angekündigt worden war, wurde jede Diskussion planmäßig verhindert. Unter lebhaften Zwischen- und Protestrufen hatten die Arbeitslosen die langweiligen drei Reden angehört, die nichts anderes als Lobeshymnen auf die SPD, jedoch keinerlei Behandlungen der Erwerbslosenfragen brachten. Als nun die verschiedenen Redner der Erwerbslosen die Nöte der Arbeitslosen vortragen wollten, erklärte die Versammlungsleitung: Das Wort wird nicht erteilt, Diskussion gibt es nicht. Auf die Rufe „zur Geschäftsordnung" erklärte der Parteisekretär Kukielzinski kaltschnäuzig: „Die Geschäftsordnung bestimmen wir." Darauf erhob sich ein großer Proteststurm in der Versammlung. Aber auf etwas derartiges ist ein geschickter SPD-Bürokrat gefaßt. Man hatte gut vorgesorgt. Denn in demselben Augenblick setzte die schon vorher in Bereitschaft gehaltene starke Musikkapelle ein und — spielte die Internationale. Das Kampflied der Arbeiterklasse wurde so mißbraucht, um den empörten Arbeitslosen das Maul zu stopfen.

Das ist SPD-Politik. Die SPD wird von dieser Versammlung wenig Erfolg haben und Erwerbslose, die nicht alle Vernunft verloren haben, werden nun erst recht begriffen haben, daß sie dieser Partei ihre Stimme nicht geben können. Eine große Zahl der Arbeitslosen zog auch sofort die richtige Konsequenz. Sie antworteten der SPD-Demagogie mit dem Ruf: Wir stimmen für die Sozialistische Arbeiterpartei

für die Liste 18

2) **Roman einer Kommune**

Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten.
Copyright 1932 by
Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

•

Wjetrow hörte bestimmt, daß ich hinter ihm dreinlief. Doch er ließ sich dadurch nicht beunruhigen, wandte sich nicht um, sondern ging mit denselben ruhigen und hartnäckigen Schritten weiter, nach vorn gebeugt, ernst, eingesponnen in seine Gedanken. Er ging an der Getreide- und Oelmühle vorbei, sah aber nicht hin. Kommunare in langen Leinenhemden luden Säcke mit Sonnenblumenkernen von einem Wagen ab. Auch sie bemerkten ihn nicht, als ich aber an ihnen vorbeilief, lachten sie verschmitzt und winkten mir freundlich zu.

Wjetrow schob schweigend, ohne mich anzusehen, seine Hand unter meinen Arm, verlangsamte aber seine Schritte nicht. Ich lief fast neben ihm, zwei Schritte von mir waren ein Schritt von ihm. Ich konnte nicht große Schritte wie er über das nasse, klebrige, vom Herbst getötete Gras machen: ich trippelte wie ein Backfisch, er wollte sich aber meinem Schritt nicht anpassen. Das hätte seinen gewohnten, in diesen Jahren durchgearbeiteten Rhythmus gestört. Sein Hirn, seine Muskeln, sein Wille konnten nur in diesem Rhythmus leben.

„Andrej Ssemjonowitsch, störe ich dich nicht?"

„Nein. Was ist los?"

„Ich halt's nicht aus, ich bin ein wenig mutlos, Wjetrow."

Singend, gleichgültig, fast unwillig ertönte seine Stimme, als spräche er nicht zu mir, sondern irgendwohin in die Ferne, in die violetten Hügel der Felder. Aber im Druck seiner Hand fühlte ich freundschaftliche Nähe und Zärtlichkeit. Diesem Menschen glaube ich mehr als mir selbst

„Was für ein düsterer Geselle du bist, Wjetrow! Ich erinnere mich nicht, dich auch nur einmal herzlich lachen gesehen zu haben. Man muß nicht nur wirtschaften, man muß auch lachen können."

Erstaunt sah er mich an. Die Eiszäpfchen in seinen Augen schmolzen nicht. Er lächelte plötzlich und sah auf den Himmel. Sein Gesicht wurde jung, in seinem Lächeln blitzte ewas auf, das zehn Jahre seines Lebens wegwischte.

„Du hast recht . . . Ja nun . . . Soviel Arbeit, soviel unaufschiebbare Fragen sind zu erledigen, man kommt nicht zum Fressen, nicht einmal die Zeitungen kann man überfliegen. Wann bleibt einem die Zeit, sich über sich selbst den Kopf zu zerbrechen? Jetzt gehe ich in die Stallungen. Dort springt mein Herz immer wieder vor Freude."

„Ein Jahr bin ich schon hier, Wjetrow, und mir ist, als wäre ich erst gestern abend angekommen. Und doch kommt mir mein vergangenes Leben so weit entfernt vor wie meine Kindheit. Wie kommt das?"

„Weil wir der Zeit ein wenig voranleben. Diesen Feldern voran. Wir laufen mit der Sonne um die Wette. Und sind trotzdem im Schlepptau der Zukunft."

„Das klingt ermutigend, Wjetrow. Deine Worte sind aber keine Bauernworte."

„Warum, Galja? Früher sagte man: jede Stadt hat ihre Sitten, jedes Dorf seine Gewohnheiten. Jetzt brennen einem andere Worte auf der Zunge. Es ist so: was der Arbeiter für die Stadt bedeutet, bedeutet der Kommunar für das Dorf. In der Stadt ruft's, im Dorf hallt's wider. In unserer Wandzeitung hat ein Jungkommunist das Verschen geschrieben:

Die Stadt, sie baut in einem fort
Und schickt uns Direktiven,
Das Dorf pflügt alle Raine fort,
Und gründet Kollektiven.

Siehst du, was das für Worte sind! . . . Auch der Gedanke ist kein bäuerlicher. Das ist Sozialismus."

Er blickte aufmerksam auf die Ziegelgebäude vor uns, und die kleinen Fältchen über seiner Nase zuckten, als bemerke er irgendeine Unordnung. Gerne hätte er die Schritte beschleunigt, doch meine Anwesenheit hinderte ihn daran.

„Bis zum Frühling müssen wir eine Schule bauen . . . . mit landwirtschaftlichem Einschlag . . . sie muß gut eingerichtet werden, mit einem Laboratorium, praktischen Kursen und ähnlichem. Weißt du schon, daß wir vom nächsten Jahr an Selektionsarbeit einführen werden? Warum denn nicht? Warum könnten wir es nicht? Wir werden's schon regulieren . . ."

In seinen Augen flimmerten übermütige Fünkchen.

„Ja, ja, eine Schule, das ist wunderschön. Aber vergiß die Kinderheime nicht. Unsere Kinderkrippe und unser Kindergarten hausen in engen, stickigen Stübchen."

Er schlug mir mit grimmiger Wärme auf die Schulter.

„Nicht alles auf einmal, Galja! In der Schule kann man nicht weiter unterrichten. Aerger als ein Pferdestall ist sie! Unser Pferdestall, sieh dir den an, der ist doch prächtig wie ein Schloß. Wir sind alle noch Dummköpfe, wir sind noch mit Bauernschorf bedeckt. Die Kommune braucht gebildete Arbeiter. Wir schieben ja nicht Kegel. Nun, ja. . . Wieviel Kraft, Gesundheit, schlaflose Nächte stopften wir hier hinein . . . und wie wenig wurde geschaffen! . . . Und was noch alles zu machen ist . . . der Schädel birst einem, wenn man nur daran denkt . . . Seit dem gestrigen Tag haben wir eine Meile hinter uns, und bis morgen früh sind wieder zehntausend Meilen vor uns."

Er wurde plötzlich traurig und schien sich wieder in sich selbst zu verschließen.

Knapp hinter unseren Wohnhäusern (die früher einem reichen Kulaken gehörten) glänzten jung und rot einige neue Ziegelgebäude, eines höher als das andere. Das erste Gebäude mit langgestreckten Fenstern unter dem Dach ist ein riesengroßer Stall für unsere Pferde. Ein breiter Zaun umgibt ihn. Unter einem langen Schutzdach stehen in engen Reihen Fuhrwerke, Leiterwagen, Karren. Auf dem Hof erheben sich Düngerhügel. Sie dampfen wie kleine Vulkane, ein warmer, dunstiger Gestank strömt uns in Wellen entgegen. Etwas höher ein breit ausladendes Lagerhaus. Dort stehen die landwirtschaftlichen Maschinen. Der ganze Bauch des Lagerhauses ist mit Maschinen vollgestopft. Und trotzdem haben nicht alle darin Platz: unter einem Schutzdach, die Wände entlang, türmen sich, im eisernen Wirrwarr einzelner Bestandteile, schwere und schwerfällige Traktoren, Pflüge, Sä- und Mähmaschinen, Eggen. Dahinter erhebt sich im Rechteck ein ganz neues Gebäude mit riesengroßen Fenstern — der Glanz ihrer Scheiben wird durch das Gitter der zahllosen Sprossen zerrissen — mit kleinen Türmen auf dem Dach. Das ist die mechanische Werkstatt. Links, in der Nähe unseres gemeinschaftlichen Wohnhauses, in einem hohen, kasernenartigen Gebäude, ist der Klub, hinter ihm ragen in schlanken, deutlichen Linien die überhohen Radiomasten mit kleinen Laternen an der Spitze. Wie zwei straffe Saiten ziehen sich die beschwerten, in der Mitte gelockerten Drähte nach oben.

Von hier aus eröffnet sich ein trüber Horizont. Die vormorgendliche und vorabendliche Dämmerung der Tage ist schwer und kalt: mein Inneres zieht sich wie ein Igel zusammen. Ich habe das Gefühl, als verlöschten meine Augen, als würden sie farblos und tot, als überziehe sich mein Gesicht mit Schimmel. Ich erwarte die Nächte ohne Himmel, ohne Maß, schwarz wie ein Abgrund. In ihrer Dunkelheit siehst du die eigene Hand nicht und die Erde zerschmilzt in nichts. Aber ich liebe meine Nächte nicht wegen ihrer Dunkelheit, ich liebe sie um unserer Träume willen: gar bald werden in unseren Nächten viele Sterne erblühen, mit flimmernden Wimpern zwinkern, und die Dunkelheit wird in phosphoreszierenden Wirbeln und leuchtenden Spiralen auflodern. Diese Feuer unserer Oase werden einem wunderbaren Garten in der stürmischen Befruchtung des Frühlings gleichen. Mein Herz zittert in freudiger Verwirrung: diesen lodernden Garten werden wir erhellen, und diese Lichter werden niemals verlöschen. Sehr bald werden sie wie eine dichte Saat über diese Hügel und Täler verstreut sein, mit der vorsintflutlichen Dunkelheit der Nächte wird es dann zu Ende sein, und im Strom des Lichtes werden die Gespenster der Einsamkeit verbrennen.

(Fortsetzung folgt.)

Gegen den Arbeiterbetrug der Nazis

Ihre demagogische Gewerkschafts- und Streikfreundlichkeit in wahrem Lichte

Die Nationalsozialistische Partei ist seit einigen Wochen sehr gewerkschaftsfreundlich und propagiert, in beteiligt sich durch ihre NSBO an Streiks gegen Lohnabbau. Vor wenigen Tagen hielt der nach Hitler mächtigste Nazihäuptling eine Rede, in der er sich als Verteidiger der Gewerkschaften aufspielte und die „Hoffnung" aussprach, daß es gelingen möge, die großen freien Gewerkschaften in die Front des „nationalen Sozialismus" einzureihen.

Wir haben schon wiederholt in der „SAZ" aufgezeigt, daß die ganze jetzt so auffällig bekundete Gewerkschaftsfreundlichkeit der Nazis

ein ganz demagogisches Betrugsmanöver der im Grunde schlimmsten arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Naziführer

ist. Sie wollen damit nur Dumme unter der Arbeiterschaft fangen, um sie umso sicherer in der Hand zu haben, wenn es gilt, die ganze Arbeiterklasse an Händen und Füßen gefesselt der schrankenlosen kapitalistischen Ausbeutung und dem blutigen Faschistenterror auszuliefern. Unsere Aufklärungsarbeit gegen die Nazibetrüger erfährt eine wirkungsvolle Ergänzung durch ein vom DMV Breslau unter seinen Mitgliedern verbreitetes Flugblatt „gegen die Hitlerei". Darin ist in übersichtlicher und wirkungsvoller Weise das notwendige Material über die wahren gewerkschaftsfeindlichen Absichten zusammengestellt. Wir drucken in Nachstehendem die wichtigsten Abschnitte ab:

Die Kapitalisten finanzieren die NSDAP

Die Nationalsozialistische Partei und ihr Ableger, die Nationalsozialistische Betriebs-Organisation, sind wie alle anderen organisatorischen Gebilde des Hakenkreuzes, reaktionär und arbeiterfeindlich. Sie werden von den Kohlen- und Schloßbaronen, von den Bankherren und Großagrariern, von Fürsten, Prinzen und ehemaligen kaiserlichen Generälen und Offizieren finanziert. Die Geldquellen, die die nationalsozialistischen Kassen speisen, müssen dick fließen, sonst könnten nicht die Neu-Uniformierungen der SA und SS, die vielen Braunen Häuser, die Autos und Flugzeuge, die hohen Gehälter der Führer, die Unterhaltung einer großen Armee und die riesigen Kosten eines kostspieligen Propagandaapparates gezahlt werden. Von Arbeitern und Arbeitslosen und auch von den Bettelpfennigen, die durch fleißiges Schwenken des Klingelbeutels eingehen, könnte auch nicht ein kleiner Bruchteil dieser Ausgaben bestritten werden.

Warum wenden diese schwerreichen Leute so große Summen für eine Partei, die vorgibt, eine sozialistische Arbeiter-Partei zu sein, auf? Warum treten Fürsten, Prinzen, Generäle, Offiziere, Industrielle, Bankdirektoren, Großagrarier, Millionäre usw. in roher Zahl dieser „Arbeiterpartei" bei?

Weil diese Partei die Interessen der Besitzenden wahrt, ihre Geldschränke schützt, die Möglichkeit zu einer schärferen Ausbeutung, Unterdrückung und Verelendung der Arbeiter und Arbeitslosen schafft und den Sozialismus verhindert.

Hitler bei den Schwerindustriellen!

Hitler hat in Düsseldorf unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vor ungefähr tausend Herren der westdeutschen Industrie mehr als zwei Stunden geredet. Was bis jetzt aus seiner Rede in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, läßt sich in zwei Sätzen zusammenfassen.

1. Vernichtung der freien Gewerkschaften.
2. Wiederherstellung aller Rechte der freien Persönlichkeit des Unternehmertums.

Gregor Straßer, einer der maßgebenden Führer, erklärte folgendes:

„Zehn Gesetze heben den ganzen Dreck auf. Landesverräter werden gehängt, Streikende werden erschossen. Und es wird nicht viele geben, die sich deshalb an die Wand stellen lassen."

Der wirtschaftspolitische Sachverständige der NSDAP, Walter Funke, hielt im Herrenklub im November 1931 eine Rede. Er sagte:

„Es ist für die Wirtschaft und für den einzelnen Arbeiter besser, wenn mehr Arbeiter zu herabgesetzten Löhnen arbeiten. Wir werden das marxistische Lohn- und Tarifsystem völlig beseitigen."

Die Gewerkschaftsfreundlichkeit der NSDAP

ist reine Heuchelei und abgrundtiefe Verlogenheit. Die wahre Stellung zu den Gewerkschaften, aus denen die Hakenkreuzler ein politisches Instrument für den faschistischen Staat und die faschistische Politik machen wollen, kann man in Hitlers Buch „Mein Kampf" nachlesen. Dort heißt es:

„Die Gewerkschaft war eines der fürchterlichsten Terrorinstrumente gegen die Sicherheit und Unabhängigkeit der nationalen Wirtschaft, die Festigkeit des Staates und die Freiheit der Person. Gleich einer drohenden Gewitterwolke hing schon damals die „freie Gewerkschaft" über dem politischen Horizont und über dem Dasein des einzelnen."

Die NSBO ist ein Nest von Erzbonzen, Bonzenjägern, Bürokraten und Leuten, die nichts können wie kommandieren. Der vor kurzer Zeit aus der NSBO ausgetretene Kreisleiter für den Grenzbezirk Militsch-Trachenberg, Friebe, äußerte sich dazu so:

„Ich mußte auf Anweisung meiner Gauleitung mehrfach Arbeitgeber aufsuchen, und diese veranlassen, ihre Arbeitnehmer zum Eintritt in die NSBO zu zwingen . . . bald bäumte sich mein Gewissen gegen den fortgesetzten Verrat an meinen Kollegen auf. So kam die Stunde, in der ich mich zur Trennung vom Nationalsozialismus entschloß."

An anderer Stelle sagt Friebe: „Die Bonzen sind rabiate Spießbürger, die gern kommandieren möchten. Die Art und Weise, wie der Arbeiter in der NSBO behandelt wird, empfand ich geradezu als beleidigend. Der Arbeiter ist ein Nationalsozialist zweiter Klasse, nicht einmal die Führer der NSBO halten zu ihm. Sie bilden mit den feineren Herrschaften ihre besonderen Klingel und Zirkel.

Es wimmelt in der NSDAP von Postenjägern, und diese Burschen sind dann gewöhnlich die übelsten Schreier. Wenn die Nationalsozialisten die Macht erhalten sollten, dann werden wir erst richtig erleben, was Bonzentum heißt."

So urteilt ein Mann der noch vor kurzer Zeit Kreisleiter der NSBO war. Wie viele werden noch denselben Weg gehen, bis sie dieses unehrliche Spiel der Naziparteibonzen durchschauen?

Hakenkreuz und Streik!

Die Nationalsozialisten wollen den Unternehmer und den Arbeiter für ihre Bewegung gewinnen. Sie müssen deshalb eine Doppelrolle spielen, die ihnen bei Streiks der Arbeiter einige Schwierigkeiten bereitet. Ein Teil der Nazibonzen gibt Streikparolen heraus, um die Arbeiter bei der Stange zu halten. Der „Stabschef" Röhm regelt in einem vertraulichen Befehl den Streikbruch so:

Betr.: Streikbrecher. München, den 8. 8. 32.

. . . Ich ordne daher an, daß in Zukunft bei Streiks SA-Männer nur dann zur Verfügung gestellt werden dürfen, wenn die für den streikenden Betrieb zuständige Betriebszellen-Leitung sich gegen den Streik ausspricht und mit der Verwendung von SA-Männern einverstanden ist.

gez.: Der Chef des Stabes
Röhm."

Die Nazibonzen müssen alle zufriedenstellen, geldgebende Unternehmer und blindgläubige gehorsame Arbeiter, deshalb muß je nach Befehl gestreikt oder gestreikbrechert werden.

Der Sozialismus der Hakenkreuzler!

Gregor Straßer gilt im Gegensatz zum kapitalistisch eingestellten Hitler als der Träger des sozialistischen Flügels der NSDAP, aber auch er ist ein hundertprozentiger Anhänger des Privatkapitalismus und ein ausgesprochener Gegner der Planwirtschaft. Der „Sozialismus" des Hakenkreuzes ist ebenso Lockmittel und Schwindel wie alles andere dieser verlogenen Arbeiterpartei. Gregor Straßer erklärte dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker wörtlich:

„Wir erkennen das Privateigentum an. Wir erkennen die private Initiative an. Wir erkennen unsere Schulden an und unsere Verpflichtung, sie zu zahlen. Wir sind gegen die Verstaatlichung der Industrie. Wir sind gegen die Verstaatlichung des Handels. Wir sind gegen Planwirtschaft im Sowjetsinne... Wir sind für den Goldstandard . . . Wenn wir zur Macht kommen, gibt es keine gewaltsamen Aenderungen."

Knickerbocker schreibt dazu: „Straßer habe ihm erklärt, daß er die Absicht habe, das Wirtschaftsprogramm der NSDAP zurückzuziehen und umzuschreiben." Die Kapitalisten brauchen sich also vor dem „Sozialismus" der Braunhemden nicht zu fürchten.

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Tretet den Anhängern dieser Mörder, Brandstifter, Bomben- und Granatenwerfer, dieser größten Volksbetrüger, die je die Weltgeschichte hervorgebracht hat, überall mit Entschiedenheit entgegen und klärt eure Klassengenossen, die sich von diesen Gauklern betören ließen, auf. Aus dem Elend des kapitalistischen Wahnwitzes kann uns nur der Sozialismus retten. Den Sozialismus müssen wir uns erkämpfen. Die beste und erfolgreichste Waffe in diesem Kampf ist eine starke Gewerkschaft. Wenn wir einig und geschlossen in den von den Arbeitern selbst geschaffenen Organisationen zusammenstehen und ihre Machtmittel entschlossen in den notwendigen Kämpfen einsetzen, werden wir siegreich sein und unsere Stunde, die Stunde des Sozialismus, hat geschlagen.

Wer diesen Kampf in geschlossener proletarischer Einheitsfront will, der kann das auch bei der Wahl am wirkungsvollsten zum Ausdruck bringen, indem er seine Stimme abgibt

für die SAP Liste 18

Wer für die Einheit ist, wird ausgeschlossen

Schon vor Jahr und Tag hat die Opposition in der SPD klar erkannt, daß die Koalitions- und Tolerierungspolitik zur Zerklüftung der Arbeiterklasse und zum Sieg des Faschismus führt.

Weil sich die sozialdemokratische Linke gegen eine solche Politik auflehnte, weil sie einen Kurs forderte, der die Arbeiterschaft eint und zu Kampf und Sieg befähigt,

deshalb ist sie aus der SPD ausgeschlossen worden

Dasselbe geschah in der KPD mit allen, die sich dem selbstmörderischen ultralinken Kurs widersetzten.

Es ist eine traurige Tatsache, daß es heute weder in der SPD noch in der KPD ohne Gefahr des Ausschlusses möglich ist, für eine Politik einzutreten, die den proletarischen Klasseninteressen entspricht.

Darum wurde die Bildung der SAP zu einer historischen Notwendigkeit

Darum müssen alle Anhänger der proletarischen Einheitsfront, alle, die die Notwendigkeit der kämpfenden proletarischen Einheitsfront erkannt haben,

für die Liste 18 stimmen

Die RGO als Hemmnis

im Befreiungskampf der Arbeiterschaft

Obwohl die Kommunisten bei jeder Gelegenheit betonen, daß die ausgelösten Streiks gegen die Papen-Notverordnung vom 4. September 1932 nur auf das Wirken der RGO zurückzuführen sei, beweist die Praxis allenthalben das genaue Gegenteil. Ein einziges Beispiel für die tatsächliche Schwäche der RGO sei als Beweis für diese Behauptung angeführt. Der größte Textilbetrieb des Bezirks Dresden — die Küttner-Werke, Pirna — zählt rund 1½ Tausend Mann Belegschaft. Als der freigewerkschaftliche Betriebsrat das Verhandlungsergebnis mit der Direktion über den Lohnabbau auf Grund der Notverordnung der zur Beschlußfassung einberufenen Belegschaftsversammlung vortrug (es handelte sich um Einführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, aber Ablehnung des Lohnabzuges für die 31. bis 40. Arbeitsstunde), ergab sich, daß die RGO in einer Belegschaftsversammlung, die ca. 600 Personen umfaßte, ganze 13 Stimmen für den sofortigen Streik zusammenbrachte. Aehnlich liegen die Verhältnisse anderenorts

Wenn nun in dem Reichsorgan der RGO, „Betrieb und Gewerkschaft", im letzten Heft in dem Leitartikel von Fritz Schulte „Streikwelle über Deutschland" festgestellt wird, daß das Auslösen der Streikwelle nur auf das Wirken der RGO zurückzuführen sei, so ist das eine Illusion, die von Schulte in seinem Artikel angesichts der Tatsachen selbst widerlegt werden muß. Er kritisiert die Haltung der RGO-Mitglieder in folgender Weise:

„Die starke Wendung zur Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften, die energischen Versuche, statt dem früheren starren Schema mit beweglicheren Methoden die Einheitsfront in den Betrieben gegen die Angriffe der Unternehmer herzustellen, hat vielfach dazu geführt, daß die führende Rolle der RGO bei diesen Aufgaben in den Hintergrund getreten ist. Aus den Rundschreiben und Materialien der Betriebe geht dies deutlich hervor. Es ist zum Teil bereits bei manchen Funktionären eine solche Tendenz vorhanden, daß es nicht zweckmäßig ist, in der jetzigen Situation die RGO zu sehr in den Vordergrund zu schieben, daß die RGO ein Hemmnis sei in der Schaffung der Einheitsfront mit den reformistischen und christlichen Gewerkschaftsmitgliedern usw. Diese Tendenzen müssen auf das Entschiedenste bekämpft werden."

Es zeigt sich also, daß selbst die Mitglieder und Funktionäre der RGO einsehen, daß sie auf hoffnungslosem Posten kämpfen. Eine Hilfe kann tatsächlich nur in einer kühnen Wendung der KPD in der Gewerkschaftsfrage bestehen. Es muß zu den Leninschen Grundsätzen der Taktik zurückgekehrt werden, oder die Isolierung der KPD auf

Wählt nur Liste 18!

dem Gebiet der Gewerkschaftspolitik wird sich verstärken, sofern das überhaupt noch möglich ist. Wir wissen, daß eine solche Wendung gerade nach den jüngsten Erfahrungen der KPD-Politik nicht zu erwarten ist. Die Aussichtslosigkeit der RGO muß auch weiterhin gerade von Schulte, wenn auch ungewollt, durch folgende Auslassungen in seinem Artikel bestätigt werden:

„Es sind Dutzende Streiks im Reich erfolgreich unter unserer Führung durchgeführt worden, ohne daß auch nur eine einzige Neuaufnahme für die RGO getätigt wurde."

Das Ganze dient als Beweis dafür, daß eben nur ein Weg zur Revolutionierung der Gewerkschaften mit Aussicht auf Erfolg beschritten werden kann und der ist in dem Roten Gewerkschaftsbuch im einzelnen klar aufgerissen. Nur eine zielklare Oppositionsarbeit, die mit Ausdauer und Zähigkeit verbunden sein muß, wird in der Lage sein, die freien Gewerkschaften zu dem Kampfinstrument wieder zu machen, das befähigt sein wird, den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Hegla.

Lohnraub in der Wiehardschen Weberei Liebau

Landeshut.

Die Weberei Wiehard machte durch Aushang bekannt, daß sie für acht eingestellte Weberinnen den Lohn um 10 Prozent kürzt. Die Belegschaft legte die Arbeit sofort nieder, wurde aber von den Gewerkschaftsführern dahingehend belehrt, daß ein Streik verboten sei. Aus Furcht, in diesem Falle gemaßregelt zu werden, hat sie sich zur Arbeitsaufnahme bereitgefunden. Die Gewerkschaftsführer treten auf der ganzen Linie für die Durchführung der Notverordnung ein und führen zur Entschuldigung Streikverbot an. Damit machen sie die Arbeiterschaft kampfunfähig.

Die SPD glaubt aus diesem Trauerspiel noch ein politisches Geschäft zu machen. Die „Schlesische Bergwacht" schreibt hierzu wörtlich: „Arbeiter und Arbeiterinnen! Sorgt am 6. November für eine starke sozialdemokratische Reichstagsfraktion, damit endlich dem reaktionären Treiben der heutigen Regierung ein Ende bereitet werden kann."

Kommentar überflüssig.

Streikerfolg der Wohlfahrts-Arbeiter in Hedden

Osnabrück, 1. November.

Die Gemeindeverwaltung der Ortschaft Hedden beabsichtigte die Lohnsätze für die Wohlfahrtsarbeiter zu senken. Hierauf traten sämtliche Wohlfahrtsarbeiter in den Ausstand. Bereits nach zwei Tagen sah sich die Gemeindeverwaltung genötigt, die alten Lohnsätze zu zahlen. Ferner wurde den Arbeitern zugestanden, mit ihnen in Verhandlung zu treten zwecks Gestellung von Winterkleidung.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG. Breslau, Neue Graupenstraße 7
Redaktion: Breslau Kleine Holzstraße 3 1 Treppe Telephon 206 02
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt. Breslau 6. Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr 102 92.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes
Expedition: Breslau. Kleine Holzstraße 3. 1 Treppe Telephon 206 02

Die schlesische SA angeklagt

(Von unserem nach Schweidnitz entsandten Sonderberichterstatter)

Die Vorgeschichte

Unter der Überschrift „In Fetzen zerrissen! Scheußlicher Mord an einem SS-Mann" berichtete das nationalsozialistische Organ „Der Angriff" in Nummer 159 vom 9. August d. J., daß der SS-Mann Jenke in Reichenbach, Schlesien, in der Nacht zum 9. August auf scheußliche Weise ermordet worden sei. Jenke habe sich auf dem Heimweg befunden, da sei aus einem am Wege befindlichen Gebüsch eine Bombe mit solcher Genauigkeit auf ihn geworfen worden, daß sein Körper durch eine weithin hörbare Explosion buchstäblich zerfetzt worden sei. Der Mord sei von Angehörigen des Reichsbanners und der KPD im Verein (!) ausgeübt worden. In Nummer 160 vom 10. August 1932 hielt „Der Angriff" unter der Überschrift „Rotmord! Der Mord an dem SS-Mann Jenke" die gleiche Behauptung aufrecht. Schon am 15. August aber wurde die Zeitung durch eine Auflagenachricht des stellvertretenden preußischen Reichskommissars Dr. Bracht gezwungen, die Wahrheit über den Fall zu berichten. Amtlich nämlich wurde festgestellt: In der Nacht vom 8. zum 9. August 1932 befand sich der Redakteur Peschke von der sozialdemokratischen Zeitung „Der Proletarier aus dem Eulengebirge" in Reichenbach mit einem Bekannten auf dem Heimweg vom Café Monopol nach seiner Wohnung, als er in der Trenckstraße eine laute Detonation vernahm. Hineilend, sah er einen Mann im Blute liegen, der sich bald als der SS-Mann Jenke herausstellte. Wie die Obduktion ergab, hatte er sich durch einen Sprengkörper, der Peschke galt, aber vorzeitig in seiner Hand explodierte, selbst „rotgemordet". Eine Kette von Lügen, systematisch in die Köpfe eingehämmert, brach zusammen. Doch die Feststellung hatte ein Nachspiel. Vor dem Schweidnitzer Sondergericht hatten sich gestern der Handlungsgehilfe Erich Wagner, Reichenbach, der Kraftwagenführer Herbert Polomski, Breslau, Groß Mochberner Straße 23, und der Elektriker Karl Heinz Wolter, Reichenbach, wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit dem Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz und Wagner auch wegen Nichtanmeldung von Waffen, der Sturmbannführer Fritz Staats, Breslau, Neudorfstr. 41, der Standartenführer Rauscher, Dittmannsdorf, der Gruppenführer Heines, Breslau, Höfchenplatz 4, und der Stabsführer Hayn, Breslau, Charlottenstr. 16, wegen Begünstigung zu verantworten. Ein weiterer Nazi, der Schriftleiter Walter Podolski aus Hindenburg, stand unter der Anklage der Beleidigung in Tateinheit mit Bedrohung. Gegen die flüchtigen SA-Führer von Obernitz und Graf Spreti ist in der gleichen Angelegenheit, wie wir schon meldeten, Haftbefehl erlassen worden.

Die braune Armee tobt

Die mittelgroße schlesische Stadt Schweidnitz befindet sich aus Anlaß dieses Prozesses in einer Art tumultuarischer Erregung. Der „Führer" angeklagt, der „Führer" Heines in der Stadt, das hat die Herzen vieler Mädchen und Frauen und vor allem Sr. Majestät allertreueste Untertanen, die SA selbst, auf die Beine gebracht. Die roten Ziegel des Gerichtsgebäudes sind zu beiden Seiten des Portals mit einem Hakenkreuz würdig beschmiert, auf dem Pflaster vor dem Haupteingang schreien zwei Inschriften „Heil Hitler!", „Heil Heines!". In immer neuen Kolonnen kommen die braunen Landsknechte aus der ländlichen Umgebung, aus der ehemals Fürstensteiner „Sportschule" und sogar aus Strehlen und Breslau angerückt. Breslau sticht mit seinem Nazi-Überfallwagen IK 6120 besonders hervor. Schweidnitz also ist in ein richtiges Heerlager verwandelt. Kommandorufe ertönen, Kolonnen marschieren und wiederholte Demonstrationen in der Stadt, die die einheimische und durch Waldenburger Kräfte verstärkte Polizei mit dem Karabiner über der Schulter nur langsam zerstreut, lassen auf eine planmäßige, groß angelegte Aktion in diesem großen schlesischen SA-Prozeß schließen.

Die Demonstrationen setzen sich im Gerichtssaal fort, bis der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Wollmann, einschreitet und eine Ordnungsstrafe verhängt. Noch vor Beginn des Prozesses hallt der Verhandlungsraum unter dem Zusammenreißen der Stiefelabsätze, unter den untertänigsten Kundgebungen für den „Führer" Heines wider. Sogar, als der Vorsitzende erklärt, jegliche politische Kundgebung im Gerichtssaal und jeglichen Parteigruß verbieten zu müssen, da kann es sich der im Zuschauerraum befindliche Schneider und SA-Mann Rosseck nicht versagen, die Verhandlung mit einem Zuruf zu unterbrechen und den Raum bei der Ausweisung mit dem „altgermanischen Gruß" (so nennt er entschuldigend den Parteigruß) zu verlassen. Rosseck erhält dafür eine Ordnungsstrafe von 20 Mark, indes sein flegliges Benehmen die hellste Freude des kleinen Leutnants Heines auslöst.

Die Drahtzieher

Überhaupt wirft schon der erste Verhandlungstag einige interessante Streiflichter auf diese Landsknechtstruppe der deutschen Bourgeoisie. Da sitzt zunächst der „Führer" und bekannte Fememörder Heines selbst, Leutnant a. D., die Brust mit dem E. K. I. Klasse besteckt, ein Mensch, dem der kategorische Imperativ und das Portepee noch eisern im Blute liegt, und der in keinem Augenblick seine „Führerqualitäten" an den Mann zu bringen vergißt. „Man muß schon Führer sein, um bei diesen Terrorakten ruhig geblieben sein zu können" erklärt er zum Beispiel im Verlauf des Prozesses und schwatzt dann vom „kleinen SA-Mann". Oder er spricht „vom Du des Führers zum Untergebenen" und entwickelt die Kameradschaftsideologie, deren gefühlsbetonte Unklarheiten es ihm angetan haben. Und bringt es fertig, sich im Zusammenhang mit einem Darlehen, das er der unglücklichen Mutter des verhafteten und an dem Attentat beteiligten Polomski gegeben hat, mit Worten zu bewelhräuchern wie: „Es ist so meine Art, das Letzte herzugeben".

Dann ist der Stabsführer Hayn, der zackige Sturmbannführer, Staatsleiter der berüchtigten Fürstensteiner „Sportschule", die flüchtigen Gruppenführer Herr von Obernitz und Graf Spreti, unter den Zeugen Graf Pückler-Burghaus, Graf Hochberg, auf dessen Grundstück die SA, ohne sein Wissen natürlich, gedrillt werden darf, ferner ein Hauptmann Müller, der den Angeklagten Polomski unter dem Namen Schmidt in seiner Familie aufgenommen und bei sich verborgen gehalten hat, und endlich Pastor Fuchs, der neben dem geistlichen Beruf noch einen zweiten, viel reelleren als Standartenreferent für Motorradwesen (oder Unwesen) ausübt — wahrhaftig eine würdige Gesellschaft, in der sich die Arbeiter dieser „Auch-Arbeiter-Partei" befinden. Hier sind auch die Drahtzieher zu suchen, die die SA-Proleten zu ihrem mörderischen Tun verleiten. Wir wollen nicht einmal von Herrn Heines sprechen, der die Anstiftung und die Begünstigung zu diesem Attentat bestreitet, obwohl er schon am ersten Verhandlungstage selbst zugeben muß, Polomski und Wagner am Tage nach der Tat nach Fürstenstein „abkommandiert" zu haben. Sein Strafregister, mehrere Jahre Gefängnis wegen Beihilfe zum Hochverrat, wegen Verbrechens der Fortführung einer verbotenen politischen Partei und wegen des Totschlags in der bekannten Femesache besagen genug. Von Herrn von Obernitz und Graf Spreti wissen wir viel genauer Bescheid. Herr von Obernitz nämlich, der sich inzwischen nach München begeben hatte, hat einen Brief an den in der Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten Wagner gerichtet, den das Gericht gestern zur Verlesung brachte und zu dem der Vorsitzende selbst Wagner gegenüber feststellte: „Dieser Brief aus München läßt keinen Zweifel daran, daß die Führer Ihre Tat billigten." Ich freue mich sehr zu hören, daß Sie die Haft standhaft und männlich tragen . . . der Führer steht fest hinter allen Kameraden, die in die Kerker geworfen werden . . . in felsenfestem Glauben an den Sieg der Sache . . . Kopf hoch, der Führer muß stolz sein können auf seine Männer", in diesem Ton geht es Satz für Satz bis zum Schluß des Briefes. Käme daher das Gericht zu einem Freispruch von dem Verdacht der Begünstigung bei Heines, wir werden nach wie vor in diesen Menschen denjenigen erblicken, auf dessen Schultern die Schwere der Verantwortung für alle die unzähligen gelungenen und mißlungenen Anschläge auf Proletarier, auf den die intellektuelle Urheberschaft ruht.

„Der kleine Mann"

Anders steht es mit dem „kleinen SA-Mann", wie ihn der „Führer" so schön nennt. Wagner ist Handlungsgehilfe, Polomski Kraftwagenführer, Wolter Elektriker, Rauscher, der es zum Standartenführer gebracht hat, früherer Opernsänger. Alle sind sie ökonomisch bereits proletarisiert, ideologisch noch ganz dem Kleinbürgertum verhaftet, in der Bewegung, in der sie am Ende nicht mehr wissen, wo der Glaube aufzuhören und der Schwindel anzufangen beginnt. Nicht allein viele, „die meisten SA-Männer" erklärt Heines selbst, welche in einem Anliegen zu ihm kämen, seien „von Haus oder aus der Stellung herausgeworfen", jeden Tag kämen „so 25 arme Burschen, die sich herumtreiben". 300 SA-Leute würden jeden Tag im braunen Haus verpflegt, über 40 000 behauptet der schlesische „Führer", im Augenblick zu kommandieren. Es sind Menschen ohne Halt, ohne Existenz. „Wenn meine Stimmung am verzweifeltsten ist, denke ich an meinen Führer", schreibt Wagner in einem Brief an seine Eltern, in dem er das Attentat erwähnt und die Eltern um Verstehen bittet. Sie sind meistens ohne Geld. Daß einer Geld „besorgen" geht, ist eine immer wiederkehrende Aussage. Zigaretten und Freibier sind Geschenke. Was der Drill zu ihrem rohen Beruf an freier Zeit läßt, bringen sie in Lokalen zu. „Ich bin ungefähr eine Schoppenlänge dagewesen", erklärt der Angeklagte Wolter auf die Frage nach der Dauer seines Aufenthalts in einem Café. Stärker kann dies Leben nicht Wurzel in diesen Menschen gefaßt haben, als wie es diese sprachliche Wendung verrät. Ihr Denkweg ist der Dienstweg: Gruppe, Untergruppe, Standarte, in dieser Stufung geht alles vor sich, und wenn sie genügend verhetzt sind, dann werden sie auch auf den Gegner losgelassen. Wagner kommt die blutige Konsequenz seines Tuns noch einmal in den Sinn. Er bekennt sogar in einem gewissen Teilgeständnis, er habe sich erst auf den Vorwurf der Feigheit hin zur Mittat entschlossen. „Ich hatte auch", sagt er, „auf Grund der Königsberger Attentate das Empfinden, daß die Partei hinter solchen Attentaten steht", und weigert sich begreiflicher Weise jetzt die Führer, die eigentlichen Drahtzieher, anzugeben. So schränkt er während des ersten Verhandlungstages die Aussagen, die er in dieser Hinsicht bei der ersten polizeilichen Vernehmung gemacht hat, aus „kameradschaftlichen Gründen" stark ein. „Ich wollte die Tat verdecken und nicht noch andere Führer ins Gespräch hereinmischen", erklärt er zu einer ausweichenden früheren Aussage.

So verrät der äußerliche Prozeßverlauf, auf dessen dramatischen Charakter wir morgen in einem besonderen Artikel eingehen werden, viel mehr von dem, was zur Erkenntnis und richtigen Einschätzung der faschistischen Bewegung notwendig ist. Es sind nicht einige Angeklagte, die gesamte Soldtruppe der Großbourgeoisie mit ihrem falschen Glauben und richtigen Schwindel ist in diesem Prozeß auf der Anklagebank. Die Verhandlung dauert an. E. K.

Die Jagd nach dem Stimmzettel

Neues vom Wahlkampf

Um es gleich vorweg zu sagen, es gibt nicht viel Neues, gemessen an den vier vorhergehenden Wahlkämpfen dieses Jahres, bei welchen die letzte Wahlwoche ein ungeheures Material- und Kräfteaufgebot brachte. Diesmal fällt der Endspurt der großen Parteien sehr lahm aus, vor allem bei den Nazis. Das Format ihrer Plakate ist wesentlich kleiner geworden und ihre große Fresse auch. Früher schrie es auf den Hauptstraßen der Innenstadt allenthalben: „Heil Hitler" und „Juda verrecke". Heute ruft man etwas kleinlaut: „Eine kleine Spende für den Wahlkampf", und dazu wird der Klingelbeutel geschwungen, daß die Kupferpfennige in der Blechbüchse rasseln. Gerasselt werden muß nun einmal, wenn's nicht mit dem Säbel geht, dann eben so. Und das sonst so hitlerbegeisterte Publikum der Schweidnitzer Straße geht vorbei und sieht die Nazis nicht an. Keiner grüßt „Heil Hitler!" Beim eigenen Geldbeutel hört die Begeisterung für's Dritte Reich eben auf.

Ein neues Plakat der Nazis (wie gesagt in kleinem Format) zeigt vier Gestalten an der Strippe des Juden Jacob Goldschmidt, der oben auf der Danatbank sitzt. Die erste trägt den Sowjetstern, die zweite drei Pfeile, die dritte ist ein Pfaff, die vierte mit dem Zylinderhut soll augenscheinlich die „feinen Leute" aus der ehemaligen Harzburger Bundesbrüderschaft darstellen. Alle vier gehen Arm in Arm. Sieh, sieh, soweit reicht also die Macht Judas schon. Sogar die Deutschnationalen — — —, wer hätte das gedacht!? Und doch hat man sich noch bis vor kurzem von diesen heutigen „Judenknechten" kaufen lassen und ist Arm in Arm mit ihnen marschiert. Die vier, die an der Strippe hängen, könnten eher der kleine Adolf und der große Göbbels mit ihrer übrigen Kumpanei sein, und der an der Strippe zieht, ist Herr Schleicher vom Herrenklub. Was hat doch Göbbels gesagt? „Auf dem Rücken unserer Bewegung ist Papen zur Macht gekommen." Jetzt hat der Mohr seine Schuldigkeit getan, jetzt kann er — — — noch nicht gehen, o nein, vielleicht braucht man ihn nochmal, aber die „feinen Leute", die Barone von Kraut und Schlot halten die Hand auf den Geldbeutel, weil's sich augenblicklich nicht der Mühe und Ausgaben lohnt. Deshalb muß man auf der Straße den Klingelbeutel schwingen. Es muß verdammt schlecht bestellt sein um die Kassen der Nazipartei, denn an allen Straßenecken der Innenstadt werden die Passanten von den braunen Bettelsöldlingen angeschnorrt. Wenn sich ein hungriger Prolet dahin stellt und die Mütze hinhält, kommt er wegen Bettelei hinter schwedische Gardinen, aber wenn das einer mit braunen Hosen tut, ja Bauer, das ist etwas ganz anderes!

Groß aufgemacht wird von den Nazis die Reklame für die NSBO und man überschlägt sich förmlich in Arbeiterfreundlichkeit. Der Ruf der NSDAP zieht scheinbar nicht mehr genügend, deshalb muß ein neuer Reklamedreh her.

Was erleben wir statt dessen? Die SPD hetzt auf das übelste gegen die Kommunisten und nennt sie in einem Atem mit den Nazis, wie auch wieder in ihrem neuesten Wahlplakat. Die KPD macht's mit ihrem Geschrei vom Sozialfaschismus nicht besser. Im Kaschemmenton läuft diesmal entschieden die SPD den Nazis den Rang ab. Sie sollte wirklich etwas vorsichtiger sein, wenn sie sich folgendermaßen an die Naziproleten wendet:

„Dabei waren es eure Oberbonzen mit ihren fetten Gehältern, die, um der Futterkrippe willen, der Regierung Papen in den Sattel halfen."

Solche Worte als Waffe von SPD-Führern geschleudert, sind wie Bumerangs, sie kehren zurück und treffen den Schleuderer. Welche „Oberbonzen" mit gewiß nicht mageren Gehältern haben denn, um der „Futterkrippe" willen, hier allerdings „Machtpositionen" genannt, Brüning toleriert und dessen arbeiterfeindliche Notverordnungen ermöglicht? Hier wird mal wieder auf das leider ein wenig kurze Gedächtnis mancher Arbeiter spekuliert.

Neu in diesem Wahlkampf ist, daß auch die anderen Parteien diesmal an allen belebten Plätzen transportable Propaganda-Säulen aufstellen, wie wir es bei den vorhergegangenen Wahlkämpfen getan haben.

Um viele Säulen, vor allem um die der SAP, bilden sich große Diskussionsgruppen und überall sind unsere Genossen bei den Diskussionen führend und im Angriff. Sie treten leidenschaftlich für die revolutionäre Einheitsfront und antifaschistische Aktion aller Arbeiter und ihrer Organisationen ein, die allein den sozialistischen Ausweg aus der kapitalistischen Krise erkämpfen kann, und weisen nach, daß SPD und KPD, wenn sie von Einheitsfront reden, nur ihren eigenen Parteiladen meinen. Wer die rote Einheitsfront wirklich will, kämpft mit uns, im heute alleinausschlaggebenden außerparlamentarischen Kampf und bekundet seinen Willen dazu, indem er am 6. November seine Stimme der SAP, Liste 18, gibt!

Tartarennachricht unsererseits

oder

ein Fluchtplan, der nicht zur Ausführung kam

In unserer gestrigen Ausgabe der „SAZ" brachten wir die Nachricht, daß Heines, der bekannte Breslauer SA-Führer, getürmt sei. Durch die vorzeitige Veröffentlichung dieser Nachricht scheint aber der Herr Fememörder seine Absicht geändert zu haben. Er blieb hier.

Dieselbe Quelle, von der wir die Nachricht hatten, versichert nach wie vor, daß der Plan zur Flucht bestand.

Wir werden bei Gelegenheit im Anschluß an andere Enthüllungen auf die „unterbliebene Flucht" zurückkommen.

Wovon mag die „Volkswacht"

deren Lügenredaktion die unverschämte Behauptung aufgestellt hat, die „SAZ" existiere aus den Erträgnissen eines Boulevardblattes, noch bestehen?

Während die „SAZ" glücklicherweise eine finanzielle Grundlage besitzt, die nicht nur von jeder Presse- und Revisionskommission einer Arbeiterbewegung, selbst auch von jeder kapitalistischen Treuhand-Gesellschaft nachgeprüft werden könnte, ist die weitere Existenz der „Volkswacht" ein offenbar etwas dunkles Kapitel. Während die wirtschaftliche Grundlage der „SAZ" die Groschen und der proletarische Opfermut der Funktionäre und Genossen der SAP sind, scheinen bei der „Volkswacht" die Geldzuflüsse der Arbeiter-Bank und der Volksfürsorge nicht mehr zu reichen. Die Grundstücke in der Flurstraße sind bis über den Schornstein mit Hypotheken belastet. Von der Buchdruckerbelegschaft sind in den letzten Monaten etwa 30 Mann entlassen worden. Die übrigen sind in ihrem Einkommen stärker gekürzt worden, als die in den Betrieben bürgerlicher Blätter Breslaus. Von den 5 Redakteuren wird einer pensioniert, ein weiterer wird abgebaut, nachdem ihm wider Treu und Glauben während seines Urlaubs gekündigt worden ist.

Wielange wird die „Volkswacht" noch existieren?

Wahlverleumdung der SPD

Die sozialdemokratische Presse verbreitet aus recht durchsichtigen Gründen Gerüchte, daß die Sozialistische Arbeiterzeitung „SAZ" aus irgendwelchen dunklen Quellen gespeist und erhalten wird.

Uns verwundert diese Denkungsweise nicht, da es wirklich kein Geheimnis mehr ist, daß die Partei der Korruption (Bauer, Brolat, Klepper) andere Parteien gern auf ihre Linie ziehen will.

Die „SAZ" erscheint seit 1. Juli 1932 in Breslau. Die Unterzeichneten sind seit dieser Zeit für die Geschäftsführung der „SAZ" verantwortlich. Wir erklären hiermit in aller Oeffentlichkeit, daß diese Verleumdungen der SPD-Presse ein ganz plumper Wahlschwindel sind und daß wir die Verfasser dieses Artikels als Verleumder, Ehrabschneider und politische Lumpen bezeichnen müssen. Wir sind selbstverständlich gern bereit, dafür auch an anderer Stelle einzustehen.

Die „SAZ" wird getragen von der Opferwilligkeit unserer Parteigenossen und von der unermüdlichen, unbezahlten Arbeit unserer Parteifunktionäre.

gez.: Max Rausch. Walter Geburt.

Rrrreaktion!

von Adolf Glasbrenner

In der „Weltbühne" lasen wir den Gesang des deutschen Michels aus dem Jahre 1848, den wir hier an erster Stelle der Arbeiten Glasbrenners veröffentlichen. Wir fühlten uns dadurch veranlaßt, uns die Satyren „Unterm Brennglas" mal wieder etwas anzusehen. Und siehe da, sie sind so herrlich aktuell gerade für die Jetztzeit, daß wir beschlossen, den Adolf Glasbrenner zum Mitarbeiter unseres politischen Feuilletons zu machen. Wir sind überzeugt, unsere Leser werden sehr damit einverstanden sein und Orje Igel wird mit ihm in Ideenkonkurrenz treten. Wir lassen Glasbrenner zu Wort kommen.

Die Redaktion der SAZ.

Gesang des deutschen Michels

Melodie: „Immer langsam voran!"

Immer'n bisken zurück, immer'n bisken zurück
Zu des alte Unterthanenjlück!
Ne nu dauert mir zu lange die Revoluzjohn,
Nu je ick über zu de Renkzjohn!

Des is mir ne schöne Preßfreiheit,
Da kommt man ja selber in de Oeffentlichkeit!
Da halten sie Reden janz frank und frei,
Und die Gensd'armen, die stehn un rochen dabei!

Ne, nun immer zurück, ne, nun immer zurück
Zu des alte Unterthanenjlück!

Herrjeses, da sprech'n se von Republik!
Mir lief es eiskalt über's Jenick.
Die Republik wär doch's jrößte Malheur,
Da hätten wir ja jar keenen Keenig mehr!

Jott, nun immer zurück, Jott, nun immer zurück
Zu des alte Unterthanenjlück!

Son Mensch nennt das Volk seinen Sousweeren,
Und läßt den Keenig neben sich stehn!
Wenn man so een Minister sich früher denkt,
Der wär an de Beenne ufjehängt.

Immer'n bisken zurück, immer'n bisken zurück
Zu des alte Unterthanenjlück!

Die Juden, die haben das jrößte Maul,
Die ihre Jesinnung ist oberfaul.
Je'n den Adel wegen sie sich noch die Hep-Heps,
Am Ende, da werden wir noch alle nischt als Plebs!

Ne, nun immer zurück, ne, nun immer zurück
Zu des alte Unterthanenjlück!

Meine Frau, die betet noch monarch'scher als ich:
Lieber Jott, schick' uns wieder den Metternich!
Hätt'n wir nich noch das jute Milletair,
Wir hätten keene jute Hoffnung mehr.

Ne, Herrjeses, nun zurück, ne, herrjeses, nun zurück
Zu des alte Unterthanenjlück!

Berliner Gassenhauer

Die Pinschgauer haben eine Revolution gemacht! Juchhe!
Und gleich darauf ihrem König ein Vivat gebracht! O weh!

Den Bürgermeister jagten sie mit Schimpf und Schand' davon!
Doch gaben hinterdrein 'ne fette Pension!

Die Pinschgauer schrien: Preßfreiheit muß sein!
Doch sperrten hinterdrein sie alle Schriftsteller ein!

Die Pinschgauer erhielten noch mehr, wie sie begehrt!
Das heißt: die Polizei ward uns Doppelte vermehrt!

Die Pinschgauer sind ein edles Geschlecht!
Auf heimliches Denunzieren verstehn sie sich nicht schlecht!

Die Pinschgauer kommen keine Nacht ins Bett!
Sie suchen in den Häusern, ob's nicht Pulver wo hätt!

In Pinschgau kriegten den Schnupfen drei Mann der Garnison.
Da wurden gleich reklamiert drei Gardebataillon!

Die Pinschgauer sind eine große Nation! O weh!
Doch leider holt sie nächstens der Teufel schon! Juchhe! Juchhe! Juchhe!

Parlamentsauflösung

Und haben wir keene Vertreter mehr,
so hab'n wir doch Soldaten!
Det Schauspielhaus ist doch nich leer,
wird ooch nich drin befaten.

Und haben wir keene Freihet mehr,
so haben wir doch Kanonen,
Un hungert uns mal jar zu sehr,
so jiebt et blaue Bohnen!

Un sind wir ooch keen Volk nich mehr,
i nu, so sind wir Knechte!
Un haben wir ooch keene Rechte mehr,
so behalten wir doch die Rechte.

Un kurz, die Freiheit, die hab ick nu dick!
Nu jeh ich immer een bisken zurück.
Immer'n bisken zurück, immer'n bisken zurück
Zu des alte Unterthanenjlück!

Moderne Totenschiffe

An der Mündung des Mississippi bin ich ihnen das erstemal begegnet. Eine Flottille von Oeldampfern war eingelaufen. Kaum hatten die großen, plumpen Schiffe an der Bench festgemacht, riefen auch schon die Heuerbase aller Schiffsbüros die schiffslosen Seeleute zum Anzeichnen auf. Die Tanker hatten Mannschaften verloren und suchten Seeleute. Die meisten der arbeitslosen Seeleute lagen schon seit Wochen im Hafen und warteten auf eine günstige Passage, aber keiner wollte sich bequemen, für die Tankschiffe anzuzeichnen. Als ich einen der hünenhaften schwarzen Schiffsmännner über seine Weigerung befragte, erhielt ich eine kurze, aber bezeichnende Antwort: „Tanker ... Yes, sind Totenschiffe!" Und seine Behauptung fand ich später im Dienste der Oelkompanien von Tampico vollauf bestätigt. Die Tankschiffe sind moderne Totenschiffe.

An allen Küsten der Erde schwimmen heute Tankflottillen. Jeder größere Hafen hat, weit draußen nach dem Meere zu, seine eigenen Tankstationen, Oelschiffe, die den Brennstoff direkt an die Schiffe heranbringen und ihnen so das zeitraubende Bunkern ersparen. Die Beweglichkeit der großen seefähigen Tanker, ihre stetige Bereitschaft zu bunkern, machen den ganzen modernen Seeverkehr rentabler und risikoloser.

Im umgekehrten Verhältnis dazu steht das Risiko der Besatzung dieser Tankerflotten. Je größer und tragfähiger solch ein Oeltankschiff ist, um so größer ist das Risiko der Mannschaft. Gewiß, die Seeleute auf den Tankern werden besser entlohnt und anständiger behandelt als auf den anderen Schiffen, aber ihre Bezahlung rechtfertigt nicht im mindesten das Risiko, das diese Seeleute eingehen, wenn sie sich zum Dienst an Bord melden.

Bei jeder Fahrt riskieren sie ihr Leben, denn das Heizöl, das sie verfrachten, ist leicht entzündbar und eine Quelle stetiger Gefahren, besonders dann, wenn die Oelflotten sich in tropischen und subtropischen Hafengebieten aufhalten müssen ...

Der gefährlichste Feind der Tankermannschaften sind die Naturgewalten vor allem die Gewitter. Ein Blitzschlag genügt, um nicht nur das Heizöl zu entzünden, sondern den ganzen Pott mit Mann und Maus in die Luft zu jagen. Die elektrischen Spannungen der Luft werden von den Tankermannschaften gefürchtet.

Die Zahl der Schiffe, die mit Tankladung auf diese Weise spurlos in den Ozeanen verschwinden, ist Legion geworden und niemals ist es gelungen, auch nur einen Mann der Besatzung zu retten.

Die elektrischen Spannungen der Luft werden besonders den Oelschiffen in Verbindung mit dem salzhaltigen Seewasser gefährlich, es genügen oft geringfügige Reibungen an den stählernen Planken, durch Schlag oder andere Bewegungen, um die wenigen Funken hervorzurufen, die zu einer Entzündung der Gase führen können, die stets aus dem eigentlichen Oelbunker aufsteigen und das Schiff umlagern. Die ständige Kampfbereitschaft mit dem unsichtbaren Feind, den zündenden Funken und ausströmenden Gasen, macht den Dienst der Mannschaften auf den Tankern fast unerträglich.

Sie leben dort in kahlen Räumen wahrhaft spartanisch.

Kein Holz ziert ihre karg eingerichteten Wohndecks. Nichts als Eisen. Ihre Aufenthaltsräume sind nüchterner als wilhelminische Kasernen, und überall ist strengstes Rauchverbot, es bleibt auch bei der besonderen Art des Tankerdienstes kaum Zeit zu einer besinnlichen Stunde. Dauernde Wachen an Deck und bei der Peilung, das stete Sichern gegen das eigene Schiff lassen keine ruhige Stunde für die Mannschaft zu. Und trotz der erhöhten Wachsamkeit der Tankermannschaften mehren sich die Seeunfälle der Tankschiffe ganz erheblich. Gegen die Oelgase und ihre hohe Explosivität gibt es auf diesen Schiffen noch weniger Sicherungen als gegen die Kohlenstaubexplosionen moderner Kesselanlagen. Deshalb sind die Verluste der Besatzungen auf den Tankschiffen so unverhältnismäßig hoch. Im Lloyds-Register figuriert die Totenliste dieser Schiffe heute an erster Stelle. Und die Seeleute haben durchaus recht, wenn sie die modernen Oeltanker als Totenschiffe bezeichnen. Ich habe selbst einmal im mexikanischen Golf zur Zeit der Hochblüte des Tampicoöls erlebt, wie vor unseren Augen bei völlig windstillem Wetter drei Tanker aus der Flottille in die Luft flogen, ohne daß auch nur mehr geborgen werden konnte, als etwas von dem stählernen Schiffsgerippe.

Wie sehr diese modernen Totenschiffe heute noch gefürchtet sind, geht auch aus der Tatsache hervor, daß sich heute, wo in USA eine große Welle von Arbeitslosigkeit auch in der Seefahrt sich ausbreitet, für Oelschiffe nie genug Mannschaften finden lassen, es sei denn, daß irgendeiner aus besonderen Gründen sich vom Land entfernen muß. Es gilt für die internationale Seefahrt noch immer der Ausspruch, den ich zum erstenmal an der Mündung des Mississippi hörte: „Tanker? ... Yes, sind Totenschiffe!" Und das wird noch lange so bleiben.

So lange, bis dem System des kapitalistischen Raubbaues an menschlichen Arbeitskräften Einhalt geboten sein wird. W.

Von Noske bis 20. Juli 1932

„Ebenso brutal wie diese reinen Republikaner dem Volke gegenüber die physische Gewalt mißbraucht hatten, ebenso kleinlaut, mutlos, gebrochen, kampfunfähig wichen sie jetzt zurück, wo es galt, der exekutiven Gewalt und den Royalisten gegenüber ihr Republikanertum und ihr gesetzgeberisches Recht zu behaupten. ... Es war ein Vergehen, kein Untergehen."

(Karl Marx „18. Brumaire".)

Denkt daran und stimmt für Liste 18!

Ereignisse des Alltags

Auf dem Felde des Profits

Güterzug fährt in eine Arbeiterkolonne

Hamburg, 3. November.

Unweit der Elbbrücken ist am Donnerstag nachmittag ein Güterzug in eine Arbeiterkolonne hineingefahren. Drei Arbeiter wurden getötet, zwei haben schwere Verletzungen erlitten.

Wegen des schweren Unfalls, der sich heute nachmittag unweit der Elbbrücken ereignete und drei Rottenarbeitern das Leben kostete, ist der Rottenführer Krupa festgenommen worden. Krupa, dem vorschriftsgemäß ein Mann als Aufsichtspooten zur Verfügung stand, hat diesen Mann in der Rotte mitarbeiten lassen, statt ihn seiner Bestimmung entsprechend zu verwenden. Nur diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß der Zug in die Arbeitergruppe hineinfuhr.

Zu jäh hochgerissen

Berlin, 3. November.

Ueber den Flugzeugunfall im Spessart gibt der Reichsverkehrsminister folgendes bekannt:

Die Untersuchung durch die Landesbehörde, an welcher sich der Reichsverkehrsminister durch einen Kommissar der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt beteiligt hat, hat zu folgendem Ergebnis geführt:

Flugzeugführer Schulz hat Teile der Strecke Nürnberg—Frankfurt a. M. in Wolken fliegen müssen. Es herrschte starker Gegenwind. Ueber dem Spessart ist der Flugzeugführer — wahrscheinlich in dem Glauben, das Gebirge bereits passiert zu haben — nach unten durchgestoßen, um vor Frankfurt rechtzeitig Erdsicht zu erhalten. Beim Herauskommen aus den Wolken befand er sich in einem engen, von bewaldeten Höhen umgebenen Talkessel. Das jähe Hochreißen des Flugzeuges aus der unerwarteten gefährlichen Lage hat offenbar jene Ueberbeanspruchung des Tragwerks hervorgerufen, der kein Flugzeug gewachsen ist. Der linke Flügel ist bei diesem Vorgange abgebrochen. Der Unfall gleicht dem Flügelbruch, dem seinerzeit der bekannte Wetterflieger Nehring beim Herauskommen aus den Wolken in anormaler Fluglage zum Opfer gefallen ist. Der Befund der abgebrochenen Fläche läßt die Aufklärung des Unfalles als einwandfrei erscheinen. Der Motor ist nach dem Stande der Instrumente bis zum letzten Augenblick in Ordnung gewesen.

„Niobe"-Kommandant freigesprochen

Kiel, 3. November.

Die heutige Verhandlung vor dem Kriegsgericht wegen des Untergangs des Schulschiffes „Niobe" endete mit dem Freispruch des Kommandanten der „Niobe", Kapitänleutnant Ruhfuhs.

*

Wir werden auf diesen Freispruch noch zurückkommen.

Elendstragödie eines Erwerbslosen

Gladbeck, 1. November.

Als gestern der erwerbslose Arbeiter Schweigmann von einer hiesigen Zeche Schlammkohle holen wollte, brach er beim Karrenschieben plötzlich tot zusammen. Der Tod ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß Schweigmann, der infolge längerer Arbeitslosigkeit vollständig entkräftet war, den Anstrengungen des Kohlentransportes nicht mehr gewachsen war. In seiner Tasche fand man nur ganze 30 Pfg., mit denen er noch bis Donnerstag hätte auskommen müssen. Wie sagt doch Knickerbocker: „Wer mit dieser Unterstützung 10 Jahre leben muß, ist tot."

SA-Flugzeug abgestürzt

München, 3. November.

Das Leichtflugzeug 1673 wurde bei Oberankenreute von einem heftigen Schneesturm an einen Fabrikschornstein geschleudert und stürzte aus beträchtlicher Höhe ab. Der Nazi-Flugzeugführer Pummer aus München erlitt schwere Verletzungen. Die Maschine, die das nationalsozialistische SA-Zeichen trug, war zu einem Werbeflug nach Friedrichshafen eingesetzt; auf dem Rückfluge nach München ereignete sich das Unglück.

Frau Bindernagel tot

Berlin, 3. November.

Die Opernsängerin Gertrud Bindernagel, die, wie erinnerlich, vor kurzem von ihrem Manne, dem Bankier Hintze, einem Faschisten, nach einer Aufführung in der Städtischen Oper in Berlin durch einen Revolverschuß schwer verletzt worden war, ist heute nachmittag um 2.30 Uhr im Krankenhaus an Embolie gestorben.

Für proletarische Klassenkämpfer kommt nur Liste 18 in Frage

An den Rand geschrieben

Was ist eine Ohrfeige wert? Das Arbeitsgericht in Frankfurt fällte kürzlich in einer Beleidigungssache ein Urteil. Nach dem „Freien Angestellten" wurde in der Urteilsbegründung über den Begriff und den Wert der Ohrfeige folgende genaue Definition gegeben: „Die Ohrfeige ist seit Jahrhunderten eine volkstümliche Vergeltungsmaßnahme, die, gegeben zur rechten Zeit am rechten Fleck, mit rechtem Maß, zum rechten Zweck in ihrer erzieherischen Wirkung unerreicht ist und weder durch mildweise Mahnungen noch durch drakonische Ehrenstrafen im Einzelfall ersetzbar ist." — Nach solcher Art Rechtsprechung sind wir wahrlich nicht mehr weit vom Mittelalter entfernt.

Mädchenverkauf im reaktionären Japan. In einem Bericht aus Tokio, den die „North-China-Herald" wieder gibt, muß unter den Bauern in Kofu, einem Distrikt im nordöstlichen Japan, eine furchtbare Hungersnot ausgebrochen sein. In einer Petition an die Regierung erklären die Bauern, daß sie sich seit Tagen mit Wurzeln, Gras und Wasser am Leben erhalten; sie verlangen sofortige Hilfe, wenn sie nicht wie Tiere zugrunde gehen sollen. In dem Notruf an die Regierung heißt es wörtlich: „So hart wir arbeiten mögen, unter den gegenwärtigen Verhältnissen vermehren wir nur unsere Schulden ... Es ist gar zu furchtbar, daß wir gezwungen sind, unsere Töchter zu verkaufen, um unsere Gläubiger bezahlen zu können, und dadurch ein Dach über dem Kopf behalten." Die „Kölnische Volkszeitung", die diese Nachricht bringt und ihre Wahrheit nicht anzuzweifeln wagt, bemerkt lakonisch: „So ist die Lage nicht in dem mehr oder weniger chaotischen China, sondern in dem straff regierten Ordnungsland Japan, das zudem noch zu den Siegerländern zählt."

Rizinus für Katinka. Vor geladenen Gästen sprach vor einigen Tagen Katharina von Kardorff-Oheimb in der großen Berliner Novenberger Gesellschaft. Bei dieser Gelegenheit machte sie recht abfällige Bemerkungen über die Nationalsozialisten, unter anderem verglich sie Hitler mit dem Hauptmann von Köpenick und dem Betrüger Daubmann. Die 400 Tote der Nationalsozialisten hält sie für ein besonderes Parteivergnügen ihrer Führerschaft. Die „Nationalzeitung" schreibt darüber: „Adolf Hitler würde es der feinen Dame nicht weiter krumm nehmen, wenn sie ihn mit derartig schmeichelhaften Persönlichkeiten vergleicht. Die Berliner SA würde aber den Tag grüßen, an dem sie für eine solche Beleidigung die Quittung geben könne und der „feinen Dame" das nötige Quantum Rizinus verabreichen wird."

Ei, ei, das fromme Münster! Aus Münster kommen sehr oft Meldungen, daß dort eifrige Kräfte am Werke sind, um das öffentliche Leben mit Sittlichkeit zu durchdringen. Erst kürzlich wurde ein „Verein zur Hebung und Wahrung der Sittlichkeit" unter Assistenz der hohen Geistlichkeit gegründet. Nun scheint es aber mit Münster ähnlich zu sein wie mit der schwarzen Hochburg des deutschen Südens, die bekanntlich die größte Zahl unehelicher Kinder hat. Die „Nationalzeitung", die in diesen Kreisen sehr gut bekannt sein muß, berichtet über folgenden Fall: In der Sakristei der Geistkirche sollen Sonntag nach dem Gottesdienst Glücksspiele betrieben werden. Das Glückspielen in Wirtshäusern scheint sich nicht mehr zu lohnen, und man ist dem Zugriff der Polizei in den heiligen Hallen der Gotteshäuser scheinbar sicherer.

Hetzjagd auf einen Proleten

Liegnitz.

Eine tolle erregende Jagd der Schutzpolizei auf einen jungen Proleten spielte sich gestern am hiesigen Katzbachufer nahe der sehr belebten Nepomukbrücke ab. Die SAP hatte das breite Steinufer mit der Wahlparole

„Prolet sei kampfbereit"

versehen. In der Nacht änderte es die Nazipartei in „SA sei kampfbereit", mit Hakenkreuzen eingerahmt, und stellte in den Nächten starke Posten auf. Donnerstag morgen, 9 Uhr, erscheint ein junger Mann mit Pinsel und Farbtopf an der Mauer. Nach kurzer Zeit prangt

„Esel kampfbereit für SA".

Da erscheint ein Rollkommando Schupo. Der Mann durch das Wasser. Am anderen Ufer wieder ein Teil Schupo. Er verschwindet mit einem Rade, wird von Schupos auf Rädern verfolgt. Entkommt! Großes Gelächter der Arbeiterschaft auf der Brücke.

Prolet sei kampfbereit!

Sachsenseite der SAZ

Aue

Zur Stadtverordnetenwahl wählt die klassenbewußte Arbeiterschaft die Liste der SAP 7. Unser Vorschlag, eine gemeinsame Arbeiterliste von SAP, KPD und SPD aufzustellen, lehnten KPD und SPD ab. Die SAP wird deshalb mit einer eigenen Liste mit den folgenden Kandidaten an der Wahl teilnehmen:

1. Hans Scheel
2. Paul Leicht
3. Paul Neukirchner
4. Walter Kircheis
5. Albert Häckel
6. Max Sendig
7. Herbert Pallmer

Wer die wahre Einheitsfront will, wählt die

Liste 71

Kampfbereit! Paul Leicht.

Dresden

In 5 öffentlichen Werbeveranstaltungen des SJV führten „Die Nebelspalter" ihr neues Programm: „Jungprolet! Was nun?" vor 1500 Zuschauern auf. Ein Querschnitt durch das Leben des jungen Arbeiters: Betrieb — Fürsorge — Familie — Arbeitsdienst — Film — Sport — Staat und SJV ist das Gerippe, welches durch treffende Darstellung lebendige Formen erhält. Einfach sind die Mittel zur Gestaltung. Aber gerade diese Einfachheit schafft Lebensnähe. Was die Nebelspalter bringen, ist kein ausgeklügeltes Spiel, sondern aus dem Leben und der Gegenwart herausgeschnitten, sie halten dem Jungarbeiter den Spiegel seines Lebens vor und lassen ihm bewußt werden, daß nur der organisierte politische Kampf aus diesem Elend herausführen kann.

Die Nebelspalter sind bereit, gegen Erstattung der Fahrgeldunkosten für 11 Spieler auch auswärts zu spielen. Bestellungen und Anfragen sind an das Dresdner Sekretariat, Jakobsgasse 5, zu richten.

Erla-Crandorf

„Schafft die Einheitsfront!" schreit die KPD. Ihre Praxis sieht anders aus. Die Bemühungen der SAP für Aufstellung einer gemeinsamen Arbeiterliste zur Gemeindewahl sind lediglich an der Sturheit der KPD gescheitert. Sogar die Listenverbindung lehnten sie infolge einer Anweisung ihrer Landesleitung ab. Wenn wir ihnen bisher sagten, daß sie nicht selbständig handeln dürften, so wollten sie das nicht wahr haben, aber hier haben wir den besten Beweis dafür, daß wir Recht hatten. Die SPD hat sich ihrerseits ebenfalls nicht klar für eine Arbeiterliste entschieden. Sie berief sich auf die Sturheit der KPD, einer Listenverbindung stimmten sie jedoch zu. Wir haben nun als SAP eine selbständige Liste aufgestellt und sie trotz unserer anderen politischen Einstellung mit der Liste der SPD verbunden, um jeden Verlust von Arbeiterstimmen zu verhüten. Soweit wir informiert sind, zieren wieder die Beamten die SPD-Liste, sie haben ja auch ihren Vorteil von dieser Partei am besten gewahrt bekommen, die Interessen der einfachen Arbeiter hat man immer leichter geopfert. Die SAP hat eine feine Arbeiterliste aufgestellt; unsere Kandidaten sind: Walter Schmidt, Klempner, Walter Althof, Bauarbeiter, Paul Fritzsch, Planierer, Rudolf Richter, Graveur, Martin Horbach, Schlosser, Paul Goldhahn, Schlosser. Die Namen dieser Genossen verbürgen eine einwandfreie sozialistische Politik im Interesse der Arbeiter, und es dürfte keinem schwerfallen, den Vertretern der ehrlichen Einheitsfront die Stimme zu geben.

9. November:

Revolutionskundgebung

der Sozialistischen Arbeiterpartei

Unterbezirk Zwickau-Crimmitschau

in den Lindensälen Zwickau.

1. Teil: 1918. 2. Teil: 1928. 3. Teil: 1932.

Redner: Klaus Zweiling, Berlin

Mitwirkende der SJV des Wirtschaftsgebiet Zwickau.

Eintritt 20 und 30 Pfg. Beginn 20 Uhr.

Heidenau

Zur bevorstehenden Gemeindewahl sind 7 Listen in unserem Ort aufgestellt worden; 4 bürgerliche, 3 Arbeiterlisten. Interessant daran ist, daß die SPD auf unsere Liste Gift und Galle speit, während sie gegenüber der jungdo-Liste eine Freude an den Tag legt, die einem klassenbewußten Arbeiter unverständlich sein muß.

Die Kandidatenaufstellung der SPD und KPD zeigt, daß in beiden Parteilagern starke Krisenerscheinungen zu verzeichnen sind. Sowohl die SPD als auch die KPD hat eine ganze Reihe der bisherigen Stadtverordneten ausgeschifft. In der SPD sind die Ursachen nach unserer guten Kenntnis persönlicher Natur, während bei der KPD politische Fragen eine Rolle spielen. So verlautet zum Beispiel auch, daß der Stadtverordnete Genosse Pfeifer (KPD) aus der Partei ausgetreten sein soll. Ja, ja, einmal gegen den Stachel der Bürokratenherrschaft zu löken genügt, um schwere Differenzen herbeizuführen.

Die Dreckspritzer, die ab und zu in der Pirnaer Volkszeitung uns gegenüber anzutreffen sind, beweisen uns nur, daß, je stärker das Toben des SPD-Apparates wird, um so richtiger unsere politische Haltung ist. Auf die Kandidatenaufstellung im einzelnen werden wir noch vor der Gemeindewahl ausführlich zu sprechen kommen.

Holzhausen

Die SPD klaut. Ein sozialdemokratischer Funktionär, der sich erst vor wenigen Tagen in das sozialdemokratische Alters-Versorgungsheim erneut eingekauft hat, hat dieser Tage den Zeitungskasten der SAZ abgehangen und mit zu sich nach Hause genommen. Einem unserer Genossen ließ er folgenden Wisch zugehen:

„Der Ortsverein der SPD, Ortsgruppe Holzhausen, hat am heutigen Tage den Zeitungskasten der SAP mit Beschlag belegt, um ein Faustpfand gegenüber der SAPJ (?) zu haben."

In der „L. V." vom 2. November wird dieser freche Diebstahl noch gutgeheißen. Es versteht sich von selbst, daß der Literaturvertrieb der SAP, welchem der Zeitungskasten gehört, die Sache der Staatsanwaltschaft übergibt. Es werden keine acht Tage vergehen, und den kleinen Gernegroßen der Holzhauser SPD wird das Herz in die Hosen rutschen. Der Arbeiterschaft von Holzhausen-Zuckelhausen aber empfehlen wir, sich den SPD-Funktionär Sterzik etwas genauer anzusehen. Wer Arbeiter-Eigentum stiehlt, ist nur in der SPD würdig, Funktionen zu bekleiden.

Leipzig

Der Aufmarsch der Parteien zur Stadtverordnetenwahl. Am 2. November tagte im Leipziger Rathaus der Wahlausschuß zur Prüfung der vorgelegten Wahlvorschläge. Die größere Zersplitterung ist auf Seiten des Bürgertums zu verzeichnen. Der Leipziger Bürgerblock hat sich in 7 Listen aufgelöst, die NSDAP erscheint erst an 6. Stelle, an erster Stelle die „nationale" Bürgerliste, ferner die Volksrechtspartei, die sich dadurch auszeichnet, daß ihre Kandidaten mit allen Titeln, Orden und Ehrenzeichen auf dem Wahlvorschlag erscheinen, an der Spitze die berüchtigten Schreier Wallner und Dr. Melzer. Außerdem kandidieren Staatspartei, Christlich-soziale Volksfront und eine sogenannte „bürgerliche Mitte" an letzter Stelle. Der Wahlvorschlag der Radikaldemokraten mußte wegen Nichterfüllung der gesetzlichen Vorschriften abgelehnt werden. Auf der Linken erscheinen vier Wahlvorschläge, die SPD und die KPO in alter Besetzung, während die KPD so ziemlich restlos mit ihrer alten Fraktion aufgeräumt hat und neue, der Leipziger Arbeiterschaft unbekannte Leute präsentiert. Völlig neu ist nur der Wahlvorschlag der Sozialistischen Arbeiterpartei, die zur Unterstützung ihres Vorschlages weit über die erforderliche Zahl hinaus Unterschriften eingereicht hat. Die SAP hat der SPD und der KP-Opposition Listenverbindung angetragen. Der Wahlvorschlag der SAP ist der einzige, auf dem keine Bonzen und Apparatkreaturen, sondern ausschließlich organisierte Proletarier erscheinen. Die gewaltsame Unterdrückung der SAP-Liste im Leipziger Wahlkreis zur Reichstagswahl macht es allen Arbeitern, die ernsthaft gegen Wahlrechtsraub und Papenherrschaft kämpfen wollen, zur dringenden Pflicht, am 13. November die Liste 9 (Dasecke-Leonhardt) der SAP zu wählen. —g.—

Mylau i. V.

Die Mylauer NSDAP ist wirklich eine vielseitige Partei. Mal unterstreicht sie das „sozialistisch" in ihrem Parteititel dann macht sie eine Versammlung mit dem „Kesselreiniger" Siegert aus Chemnitz. Leider war die Versammlung sehr mies besucht, denn die Mehrzahl der Pg's legt keinen Wert darauf, zu einer „Arbeiterpartei" gerechnet zu werden. Acht Tage später wurde deshalb beschlossen, das „national" ein wenig hervorzukehren, und da ließ man seine Hoheit, den Prinz Auwi sprechen. Mit dem waren wieder ganze Teile der armen SA-Kulis nicht hundertprozentig zufrieden, wenn auch die wirklich reflungslos doofen Hitlerjunglauen sich mit ihrem Heilgeschrei gleich sektionsweise die Gurgel verrenkten. Darauf machte man einen letzten hoffnungsvollen Versuch, man kehrte zur deutschen Schlichtheit zurück, und in der nächsten Versammlung sprach brav und einfach: „Pg. Paul Stetzing". — Und darauf war der Besuch noch miserabler als beim „Kesselreiniger". — In maßgebenden Kreisen der NSDAP grassiert seitdem der Trübsinn.

*

Die SPD wird von den Nazis des geistigen Diebstahls beschuldigt. Mit Recht. Die Anrede eines SPD-Flugblattes aus den letzten Tagen lautet: „Deutsche Volksgenossen! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!" . . . Kommentar überflüssig. Als seinerzeit auf dem Reichsjugendtag der SAJ der Genosse Severing die Anrede „Deutsche Jugend" gebrauchte, da unterbrach ihn empörtes Pfeifen der Jugend, die sich dagegen wehrte, als internationale Arbeiterjugend mit den nationalen Vereinen in einen Topf geworfen zu werden. Die „SAJ" von heute trägt fromm die Flugblätter an die „Deutsche Jugend", zu der sie sich mit Stolz seit der Hindenburgwahl rechnen kann.

*

Die SAP-Versammlung in Mylau war ein voller Erfolg für die SAP. An Stelle des Genossen Zweiling, der sich einer Kieferoperation unterzogen hatte, sprach Genosse Merz, Plauen. Genosse Zweiling selbst ergriff anschließend noch einmal das Wort. In der Diskussion sprach Thom-KPD, teils sachlich, teils mit etwas Pech. — Die erfreulich gutbesuchte Versammlung wurde in glänzender Stimmung mit dem Gesang der Internationale geschlossen.

Netzschkau

Die Ortsgruppe Netzschkau des Deutschen Freidenker-Verbandes hielt am 21. Oktober eine Mitgliederversammlung mit Diskussionsabend ab. Einstimmig wurde von der gutbesuchten Versammlung beschlossen, einen Werbeabend stattfinden zu lassen. Die Veranstaltung soll am 26. November im „Thüringer Hof" stattfinden. Es wirken Gesangverein, Turnverein und Rote Funker mit. Agitiert schon heute für diesen Abend! — Die Diskussionsabende finden regelmäßig am 1. Freitag jedes Monats im Turnerheim statt. Gäste zu diesen Abenden sind immer herzlich willkommen.

Plauitz

Wenn die SAP ruft, kommen die Arbeiter in die Versammlung — diese Tatsache, die bereits der letzte Reichstagswahlkampf bewies, wurde durch die Versammlung mit dem Genossen Rosenfeld wieder erhärtet. Die SPD, die derartige Versammlungen nicht mehr zustandebringen kann, vermag in ihrer ohnmächtigen Wut sich nicht anders zu helfen, als durch eine geradezu grenzenlos entstellte und niederträchtige Art der Berichterstattung den Außenstehenden Lügen einzureden. Die Art, wie die Rede des Genossen Rosenfeld demagogisch verdreht und zerfetzt wurde, die Behauptung, die SAP habe „ihre Anhänger aus der ganzen Umgebung zusammengezogen — das beweist das Niveau dieser „Berichterstattung". Die Arbeiterschaft sieht an der Kampfesweise dieser Herren, welche Mittel sie schon anwenden müssen, um eine Bewegung zu verleumden, die sie politisch nicht bekämpfen können. Die ständig wiederholte krankhafte Plapperei: „Natürlich war die SPD an allem schuld" — „natürlich beschäftigte sich der Redner die meiste Zeit mit der SPD" —, das zeigt die krankhafte Nervosität dieser Schmierfinken, die berechtigte Angst vor jeder Kritik haben müssen, die an den Leistungen ihrer längst nicht mehr proletarischen Partei geübt wird. — Wir glauben, daß diese Mittel nicht ewig ausreichen, die denkende Arbeiterschaft zu verblenden und rüsten für den Tag gemeinsamen Kampfes und Sieges aller Arbeiter!

Schönheide i. Erzgeb.

Unsere Partei eröffnete den Reichstagswahlkampf mit dem Genossen Klaus Zweiling als Referent. In zirka anderthalbstündigen Ausführungen zeigte er den ganzen Widersinn der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und die sich für die Arbeiterklasse daraus ergebende Notlage auf. Rücksichtslos geißelte er die klassenverräterische Politik der reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführung und rückte das klägliche Versagen und die politische Untätigkeit der KPD und RGO ins rechte Licht. Starker Beifall dankte ihm für das vortreffliche Referat. In der Diskussion gab der kommunistische Genosse Hauder einen vortrefflichen Aufschlußunterricht kommunistischer „Politik". Die ihm von Genossen Zweiling unter Beifall der Versammlungsbesucher im Schlußwort erteilte sachliche Lektion wird er sich bestimmt nicht an den Hut stecken. Mit einem Appell am 6. November die Liste 18 zu wählen, konnte Genosse Frölich die von bestem Kampfgeist zeugende Versammlung schließen.

Um eventuell die gegenwärtig bestehende Linksmehrheit von einem Mandat auch für die künftigen drei Jahre zu halten, besonders aber den Gegnern eine geschlossene Front der Arbeiterschaft gegenüberzustellen, hat unsere Ortsgruppe vor mehreren Wochen der SPD und KPD den Vorschlag zwecks Listenverbindung zur Gemeindeverordnetenwahl am 13. November unterbreitet. Während die SPD-Vertreter sofort ihre Zustimmung gaben, zeigten sich die KPD-„Größen", höchstwahrscheinlich im Vorgefühl ihres „gigantischen Stimmenzuwachses", als überaus linientreu und lehnten jede Listenverbindung, getreu Selbmannscher Anweisungen, ab. Unser Wahlvorschlag, der die Nr. 4 trägt, weist folgende Kandidaten auf: Emil Laukner, Luise Bittner, Walter Ließner, Otto Frieß, Eduard Unger, Emil Schädlich, Paula Ließner, Wilhelm Hirschel, Fritz Mühlig und Hans Eckel. Diesem Wahlvorschlag gehört die Stimme eines jeden klassenbewußten Arbeiters und jeder Arbeiterin.

Am 6. November

nur Liste 18

Zwickau

Die Genossen der Zwickauer SAP gehen mit ungebrochener Begeisterung an unsere schwierige, aber wichtige Arbeit. In der kurzen Zeit von drei Tagen haben die unermüdlichen Funktionäre 1200 Exemplare der SAZ-Sondernummer verkauft. Von bester Stimmung getragen war die öffentliche Versammlung am 1. November, in der Gen. Klaus Zweiling über das Thema „Parlamentswahlen und kein Ende" sprach. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß die Worte des Gen. Zweiling getragen waren von einer reinen Begeisterung und von so tiefem Ernst, wie ihn die Redner anderer Parteien wohl nie aufbringen. Von den anwesenden Horchposten der SPD, KPD und Nazis wagte keiner, in der Aussprache das Wort zu ergreifen. Als Einziger meldete sich zum Wort Gen. Bauer von der KPO.

*

Auch für den Gemeinderatswahlkampf sind die Vorbereitungen getroffen. Wir haben an SPD und KPD die Aufforderung gerichtet, mit uns Listenverbindung einzugehen, um so dem Herrenklub und den Faschisten zu zeigen, daß der Wille zur gemeinsamen Abwehr in der Arbeiterschaft vorhanden ist. Antwort ist noch nicht eingegangen. Hoffentlich sind SPD und KPD noch nicht von aller Vernunft verlassen.

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SAP

Versammlungskalender

Oeffentliche Versammlungen der SAP

Kamenz: Sonnabend, den 5. November, 20 Uhr, im Gasthof „Zum Löwen". Redner: Gen. Martin Arlt.

Obere und Niederfriedersdorf: Sonnabend, den 5. November, 20 Uhr, im Kretscham Oberfriedersdorf. Redner: Gen. Walter Fabian.

Ebersdorf: Donnerstag, den 10. November, 20 Uhr, in Pohls Restaurant. Redner: Paul Jähne, Ebersdorf. Thema: Die Ebersdorfer Gemeindepolitik.

Neueibau: Mittwoch, den 9. November, 20 Uhr, im „Goldenen Stern". Redner: Gen. Herbert Lorenz, Eibau. Thema: Die SAP in der Gemeinde.

Leipzig: Dienstag, den 8. November, 20 Uhr, in den Kaiserhallen, Eisenbahnstraße. Paul Frölich spricht über „Der 9. November 1918 — 14 Jahre deutsche Republik".

Dresden

Kauft bei

Schuh-Oestreich

das billige Schuhhaus Dresdens

Verkaufsstellen:

Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof
Frauenstraße, Ecke Schössergasse
Königsbrückerstraße, am Albertplatz
Oschatzerstraße 13
Poststraße, neben LiMu

Radebeul

Alle Schuhreparaturen bei **Erich Gebauer**

RADEBEUL · Serkowitzer Str. 72 · Meißnstr. 44

Ballonfahrräder v. 56.- bis 90.- Mk., Mäntel v. 1.65 bis 4.50 Mk. Schläuche 0.75 bis 1.20 Mk. — Ersatzteile und Reparaturen

Fr. Philipp, Radebeul, Bahnhofstraße 1

Kauft im **Textilgeschäft** der kleinen Preise

Anna Barthel

Bahnhofstraße 1a.

Heidenau

Heidenauer Hof, Inh. Ernst Taubert

Spezial-Ausschank — Bayr. Bier — Zeisiger Kronenbräu
Vereinszimmer — Schattiger Garten
Jeden Sonnabend: Schlachtfest.
Verkauf ff. Wurstwaren auch über die Straße.

Pirna

Bäckerei und Konditorei

Karl Gollmar — Steinplatz 14

Möbel

handwerksmäßig gediegene Arbeit. Lange Straße 15. Matthes.

W. Kelling Chem. Reinigung Kleiderfärberei.

Werbt Abonnenten!

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Das „gefährliche" SAP-Wahlplakat

Die Ortsgruppe Bremen der SAP ließ für den Wahlkampf Plakate für die Anschlagsäulen herstellen, in denen sie sich auch mit den Nazidemagogen befaßt. Es heißt u. a.: „Warum schlagen sie Arbeiter tot und keine Kapitalisten? Warum zerstören sie Gewerkschaftshäuser und keine Schlösser?" Auf Anweisung der Politischen Polizei Bremen mußte der Drucker die Teile „tot und keine Kapitalisten?" und „und keine Schlösser?" überdrucken, so daß es jetzt nur heißt „Warum schlagen sie Arbeiter" und „Warum zerstören sie Gewerkschaftshäuser?" Nach Auffassung der politischen Polizei könnte hierin eine Aufforderung zum Mord und zur Zerstörung bestehen.

Interessant dabei ist, daß unter einer Koalitions-Regierung diese Zensur erfolgte, während im Lande des Herrn Brecht diese Stellen nicht beanstandet wurden. Welche Regierung ist das kleinere Uebel?

Glänzende Stimmung

(Eigener Bericht der SAZ)

Hannover, 4. November.

Die letzte Mitgliederversammlung unserer Gruppe in Hannover war von einem prächtigen Geist getragen. G. Hölzer gab Bericht von der Konferenz der beiden Bezirke Hannover und Braunschweig. In ernster und verantwortungsvollster Art wurde auf der Konferenz über unsere politische Linie und Wahlarbeit gesprochen. Unsere Hauptaufgabe bleibt nach wie vor: Schaffung des Arbeiterblockes. Notwendig ist dazu eine starke und kräftige Organisation. Daß unsere politische Auffassung von der Lage in der Arbeiterklasse und im allgemeinen richtig ist, wird von allen Genossen anerkannt.

Die Tatsache, daß unsere Arbeit Erfolge trägt, daß wir unsere Gedanken und Ideen an Arbeiter heranbringen, die nicht zu unseren Kreisen stehen, diese Tatsache belebt außerordentlich den Mut und Arbeitseifer unserer Genossen. Unsere Genossen sprechen in den Gewerkschaften, arbeiten mit und zeigen positive Wege. Die Gewerkschaftskollegen können sich unseren Argumenten nicht entziehen. Die kommunistischen Genossen möchten gern diese Arbeit benutzen, um ihren politischen Ansichten einen stärkeren Nachdruck zu verleihen. Bei uns beißen sie auf Granit. Eins muß festgestellt werden: Die einfachen kommunistischen Genossen treiben diese Politik, die ihnen als die richtige vorgesetzt wird, ohne zugleich zu wissen, daß sie so automatisch ihre ganze Gewerkschaftsarbeit wieder zerstören. Soweit unsere Kraft reicht, wollen wir ihnen helfen, von diesem Wege abzugehen.

Unsere Arbeit in den Kulturorganisationen, insbesondere der Freidenker, geht ebenfalls vorwärts. Die Sympathien sind durchaus auf unserer Seite. An uns wird es liegen, aus diesen Sympathien Handlungen zu formen, die im Sinne dieser Sympathien liegen.

Die Diskussion war rege. Die Genossen teilten ihre Erfahrungen mit. Alle Genossen wurden vor die Frage gestellt, wie sollen wir uns fernerhin in den kleinen und alltäglichen Dingen verhalten. Jeder empfand, auch auf dir liegt ein Stück Verantwortung!

Die Genossen erfahren, daß ihre Arbeit Sinn und Zweck hat, und das gibt ihnen die Kraft und den Elan, weiterzuarbeiten. H.

Aus der Arbeit der IHV

(Eigener Bericht der „SAZ")

Hannover, 4. November.

Kürzlich fand in Hannover die erste, gut besuchte konstituierende Mitgliederversammlung der IHV statt. Als Erster sprach Genosse B. über „Unsere Arbeit in Vergangenheit und Zukunft". Er berichtete über die schon geleistete praktische Arbeit und forderte alle Genossen auf, an den vor uns liegenden Aufgaben tatkräftig mitzuarbeiten. Wir wollen eine Winterhilfsaktion in die Wege leiten, für die rege Werbe- und Sammeltätigkeit zu leisten ist. Weiterhin müssen wir uns beschäftigen mit den einseitig gefällten Urteilen der Sondergerichte. Diese „Rechtsprechung" erscheint auch nicht weiter verwunderlich, wenn nationalsozialistische Zeitungen selbst zugeben, daß 75 Prozent der deutschen Staatsanwälte ihrer Weltanschauung nahestehen. Für die Aktionen des Mooney-Billings-Komitees müssen wir uns ebenfalls in allen Organisationen, in denen unsere Mitglieder Einfluß haben, nach Kräften einsetzen. Anschließend berichtete Gen. U. über unsere organisatorische Arbeit. In der Vorstandswahl wurde der bisherige provisorische Vorstand in seinen Funktionen bestätigt; die Generalversammlung kann im Januar Neuwahlen vornehmen. In der Diskussion wurde beschlossen, mit den Vorarbeiten für das Winterhilfswerk und die Protestaktion gegen die Sondergerichte den Vorstand zu beauftragen. Mehrere Genossen ließen sich in die IHV aufnehmen. Die meisten Genossen erklärten sich bereit, größere Mengen von Zeitungen und Broschüren zu vertreiben. Bei dem regen Interesse, das alle Mitglieder für unsere Arbeit zeigen, dürfen wir hoffen, daß die IHV Hannover sich bald zu einer recht aktiven, arbeitsfähigen Gruppe entwickelt. Gs.

Der Briefkastenonkel

Reichenbach i. V.

Die „Rote Post", Sensationsblättchen der Reichenbacher KPD zur Ankurbelung der Revolution, stellt in ihrer letzten Nummer auch einen — Briefkastenonkel vor, der auf Anfragen nach dem neuesten Stand der Revolution bereitwilligst „Auskunft" gibt. Fragt da ein Leser schüchtern: Weshalb lehnt eigentlich die KPD Listenverbindung mit SPD und SAP ab? — Da hat der Naive aber gleich die wundeste Stelle getroffen, denn wie ein Bächlein plätschern nun munter die jahrelang geübten Schimpfkanonaden von den vermaledeiten Sozialfaschisten dahin. Nachdem die SPD genügend abgekanzelt ist, geht's der „linken Filiale" an den Kragen. Eine Gemeinheit vom Frager überhaupt, die SAP zu erwähnen, denn eine Partei, die bekanntlich garnicht existiert, mit der kann doch die KPD keine Listen verbinden! Da heißt es: „In einigen Gemeinden, wo ein paar Seydewitze ihre Wahnwitze politischer Natur durchsetzen wollen und wo diese als Partei auftreten, da gelte ihr Kampf nur der einzig revolutionären KPD!" Wir gestatten uns, bescheiden den Diskussionsonkel um die Beantwortung folgender „kleiner Anfragen" zu bitten: Warum war es selbst mit den „allergrößten Anstrengungen" am 20. Juli nicht möglich, etwas von der „einzig revolutionären KPD" zu entdecken? Warum muß man in allen Wahlversammlungen einer „einzigrevolutionären KPD" die Besucher mit der Laterne suchen? Warum müssen die „einzigrevolutionären Führer" der KPD — am Orte wie im Reiche — von „Fall zu Fall" erneuert werden? — Wir hoffen, dem Diskussionsonkel der „Roten Post" vorläufig genügend Anregung gegeben zu haben. Selbstverständlich sichern wir auch für die Zukunft unsere „aktive Mitarbeit" zu!

Rund um den Strelasund!

Stralsund, 3. November.

Der Wahlkampf geht seinem Ende zu. Die SPD hatte den bekannten Künstler-Franz aus Berlin. Sein ganzes Referat war Schaumschlägerei übelster Art. Er hat sich seit seinem letzten Gastspiel in Stralsund um hundert Prozent dümmer benommen. Aber die SPD verschreibt sich solche „Kanonen", die zu ihrer Politik passen. Die Artikel von Kirchmann und Deu und dazu die „Rede" (?) von Künstler — ein Mischmasch, man mag gar nicht daran denken. — Nun aber kommt das letzte „Paradepferd" der SPD zur letzten Mahnung in letzter Stunde. Preußens „großer" Minister für Kunst- und Volksbildung Adolf Grimme. Dieser Versager soll nun noch auftreten, um eine Kursänderung in der SPD herbeizuführen. Das kann ja ein schöner Abschluß werden. Kirchmann — Deu — Künstler — Grimme, vier Namen und vier verschiedene „Programme" zur Rettung der Arbeiterschaft. Dazu sagen wir: Arbeiterschaft in Stadt und Land, besinnt euch und stärkt die wirkliche revolutionäre Arbeiterpartei — die SAP —, damit ein starker Vortrupp zur Wiedergesundung der Arbeiterbewegung entsteht, dann sind solche Spielereien unmöglich und die Arbeiterklasse kommt zur wirklichen Machtentfaltung.

Die KPD macht wieder in „Einheitsfrontaktion" und hat am letzten Sonntag wieder eine „Einheitsfront"-Konferenz (??) nach dem bekannten Muster einberufen. Man hatte wieder 18 „Delegierte" gewählt, davon waren zwei SPD, ein Freigewerkschaftler, ein RGO-Mann, zwei Kommunisten und „zwölf parteilose" (KPD-) Arbeiter. Unsere Genossen hatte man zu diesem Krampf auch eingeladen, aber diese haben sich bedankt, an diesem Arbeiter-Betrug mitzuwirken. So ist es richtig gewesen, wir sind uns zu schade dafür und unsere Zeit zu kostbar, daß wir uns für eine Wahlpropaganda hergeben, die auf Unehrlichkeit aufgebaut ist und der KPD dienen soll. Fazit: Wie immer, einstimmig für Liste 3 und Einsetzung eines Wahlkomitees. So lassen sich die KPD-Arbeiter betrügen. Am Wochenende soll nun eine KPD-Wahlversammlung steigen, für den Sieg der Liste 3. Auch hier macht man unproletarische Manöver. Kirchmann von der SPD wird eingeladen von dem Referenten des Abends, eine Stunde Redezeit wird gewährt. Der Referent, ein junger Genosse Warnke aus Hamburg (?), zur Wahlunterstützung als Redner abkommandiert, bezeichnet sich in dieser öffentlichen Einladung als Vertreter des ZK der KPD. Ist das nicht allergrößte Demagogie gegenüber der Arbeiterschaft?? Nachdenkliche KPD-Genossen schütteln die Köpfe über derartige Manöver und entschuldigen diese groben Entgleisungen mit der Wahlzeit. Jeder ehrliche Arbeiter, ganz gleich, wo er politisch organisiert ist, sollte endlich erkennen, was für ein Betrug an ihm verübt wird und wie er von seinen eigenen Partei-„Führern"(?) übers Ohr gehauen wird.

Jeder Arbeiter wird an diesen Mitteilungen und Tatsachen erkennen müssen, daß die beiden großen Arbeiterparteien alles andere tun, als die wirklichen Interessen der ganzen Klasse zu vertreten. Beide kochen sie die Parteisuppe auf dem Rücken der Proleten und denken unter keinen Umständen an die notwendige wahre Einheitsfront. Daher müssen sich alle Proleten, ob SPD, KPD oder parteilose Arbeiter, endlich darüber klar werden, daß ihre wirkliche Rettung nur erfolgen kann, wenn sie sich neu formieren. Sie müssen sich neu formieren zur wirklichen Führung des Klassenkampfes auf breiter organisatorischer Grundlage — dem Abwehrblock aller Arbeiterorganisationen. Dieses einzig richtige Ziel für die Befreiung der Proletarier im ganzen Reich will nur die SAP. Sie kann dieses Ziel aber nur erreichen, wenn die Proleten endlich erkennen, daß sie sich an dieser notwendigen Arbeit in viel stärkerem Maße als bisher beteiligen müssen. Schon am Wahltage müssen alle Arbeiter den Anfang machen, indem sie für die SAP eintreten und alle Stimmen für die Liste 18 abgeben. Ohne Stärkung der SAP kein Fortschritt in der Einheitsfrontaktion! Ohne Stärkung der SAP keine außenparlamentarische Aktion der Arbeiterklasse! Daher, ohne jede parlamentarische Illusion, hinein in den Abstimmungskampf für die Stärkung der wirklichen revolutionären Sozialistischen Arbeiter-Partei und ihrer Liste 18! —ck.

Ein Staatskrankenhaus der Polizei

Das Krankenhaus der preußischen Polizei ist in Berlin, Scharnhorststraße. Es ist ein Gebäude, an dem das respektable Alter von 80 Jahren, äußerlich wie innerlich, nicht spurlos vorübergegangen ist. Schon im Jahre 1914 sollte dieses Gebäude abgebrochen werden. Der Weltkrieg verhinderte es. Schon lange konnten nicht mehr die Ansprüche, die heute an einen modernen Krankenhausbetrieb gestellt werden, erfüllt werden. Deshalb hat der preußische Staat in aller Stille Wandlung geschaffen. Eine gründliche Reorganisation des Betriebes und der Bau eines neuen Hauses, der allen Anforderungen neuzeitlicher Hygiene entspricht, ist in einer Bauzeit von 20 Monaten fertiggestellt worden. Der Leiter des Staatskrankenhauses ist der Direktor Dr. Schum. Der Aufgabenkreis geht weit über den eines gewöhnlichen Krankenhauses hinaus. So sind z. B. im Zahn-Ambulatorium im vergangenen Jahre 16000 Beamte behandelt worden. Von einer pharmazeutischen Abteilung mit eigener Apotheke und einem Fabrikationsbetrieb wird die gesamte preußische Polizei mit Heilmitteln und Medikamenten versorgt. Im Staatskrankenhaus ist auch für die Fortbildung der Sanitätsbeamten gesorgt worden. U. a. finden Fortbildungslehrgänge für Polizeiärzte statt, auch eine Sanitätsfachschule ist untergebracht. Neuerdings ist dem Staatskrankenhaus auch eine Gutachterstelle für Unfälle, deren Ursache in Krankheit oder Trunkenheit der Fahrzeugführer zu suchen sein könnte, angegliedert worden. Das Staatskrankenhaus gliedert sich in einen Altbau und einen Neubau. Im Altbau sind moderne Operationssäle, praktische Küchenanlagen, ein Röntgen-Institut und ein Aufenthaltsraum für Aerzte und Schwestern untergebracht. Im Neubau sind alle Räume hell und luftdurchflutet. Balkone ziehen sich um sämtliche Stockwerke. Liegeterrassen umgeben das Erdgeschoß.

In der Scharnhorststraße in Berlin ist ein Krankenhaus entstanden, wie es die moderne Hygiene nicht besser verlangen kann. Und das alles für die Polizei.

Eine Irreführung

Wilkau.

Der Gemeinderat hat eine Veröffentlichung herausgebracht, die angeblich in der Reihenfolge, in der sie eingingen, die Wahlvorschläge aufführt. Listen haben eingereicht: die SAP, die KPD, die NSDAP, der bürgerliche Mischmasch und die SPD. Die Numerierung dieser Veröffentlichung, die der SAP die fünfte Stelle zuweist, ist irreführend. Der Gemeinderat hat diese Numerierung unberechtigterweise vorgenommen, diese Veröffentlichung bricht die Wahlordnung. Die endgültige Numerierung stellt erst der Wahlausschuß fest. Wir werden vor der Gemeindewahl noch einmal ausführlich Stellung zu den einzelnen Listen nehmen, besonders zu dem Dreckartikel im „Volks"blatt.

Listenverbindung abgelehnt

Planitz.

Ein schlagender Beweis, wie unehrlich die SPD und ihre Presse Politik machen, ist der Beschluß des Landesausschusses zur Frage der Listenverbindung. Bekanntlich wurde dort festgelegt, der KPD bei den Gemeindewahlen Listenverbindung anzubieten (in der sicheren Voraussicht, daß diese sowieso ablehnen würde). Nachdem diese Ablehnung nun wirklich erfolgt war, erhob sich ein großes Geschrei in der gesamten SPD-Presse. Darauf stellte die SAP das Angebot der Listenverbindung an die SPD. Man hätte annehmen müssen, daß diese SPD, die so sehr um jede „verlorengehende Arbeiterstimme" schreit, die Listenverbindung freudig annehmen würde? Nicht im geringsten! Die SPD lehnt die Listenverbindung mit der SAP ab! — Diese Tatsache beweist eindeutig, daß jener Beschluß der SPD lediglich dazu dienen sollte, die SPD-Arbeiter zu täuschen, die ebenfalls nach der Einheit im Kampfe drängen. Der KPD machte man ein Angebot, damit man Agitationsmaterial nach der erfolgten Ablehnung gegen die KPD hatte. Das ist erreicht. Die SAP mit ihrer geringen Presse und geringen Agitationsmöglichkeit ist ungefährlicher als die KPD, da kann man ehrlicher sein und zeigen, daß es gar nicht auf die Listenverbindung ankommt, sondern auf das Propagandamaterial gegen die verhaßten Gegner. Das ist der „Einheitswillen" der SPD-Bürokratie! Arbeiter, erkennt das, und handelt! Wählt SAP!

Schulungsarbeit des SJV

Am 30. und 31. Oktober führte der Bezirk Ostsachsen einen Schulungskursus auf der Jugendburg Hohnstein durch. 350 Teilnehmer folgten in 7 Kursusstunden den Ausführungen des Gen. Paul Frölich über: „Staat — Diktatur — Proletarische Revolution" mit großem Interesse.

Der Kursus bot in der Behandlung der jüngsten politischen Ereignisse, verknüpft mit den Erfahrungen aus vergangenen Epochen der Geschichte, eine Fülle von Erkenntnissen, die unsere Funktionäre in der weiteren Arbeit nützen werden.

Außerhalb der Kursuszeit fanden sich interessierte Genossen zu einer Aussprache zusammen, um unsere Arbeit in den Betrieben, Schulen, Gewerkschaften usw. vorwärts zu treiben. „Die Nebelspalter" führten in einer Abendveranstaltung das neue Werbeprogramm für den SJV vor. Erstmalig wurde dabei der Versuch unternommen, im großen Kreis unserer Mitglieder über Mängel und Vorteile der Spieltruppenarbeit zu sprechen. Allgemein zeigte sich ein tiefer Eindruck, den Programminhalt und Darstellungsform hinterlassen haben.

Daß der Kursus nicht in allen Punkten erschöpfend sein konnte, ist verständlich. Eine ganze Reihe Fragen sind erst angestoßen. Jetzt gilt es, durch eifrige Schulungsarbeit in den Ortsgruppen die nötige Ergänzung zu leisten.

Löbe darf nicht im Rundfunk sprechen

D. d. Der „Sozialistische Kulturbund" hatte bei der Deutschen Welle und der Berliner Funkstunde beantragt, am 9. November durch Löbe einen Vortrag halten zu lassen mit dem Thema: „Der 9. November und die Arbeiterschaft". Die Rundfunkleitungen haben den Vortrag abgelehnt mit der Begründung, dieser Vortrag sei „nicht opportun".

Der „Sozialistische Kulturbund" hat sich nun beschwerdeführend an den Reichsinnenminister gewandt, wobei es heißt, die Ablehnung würde in breiten Kreisen der Arbeiterschaft und der republikanischen Bevölkerung als eine Mißachtung ihrer Gefühle empfunden werden.

Nun, es ist ja noch einiges mehr als eine Mißachtung der Gefühle der Arbeiterschaft und derer, die sich einmal für den 9. November erwärmt haben. An sich wird es für die Arbeiterschaft nicht allzu schade sein, diesen Vortrag nicht hören zu können, der gewiß mit ebensoviel faulen Witzen und ebensowenig ernsthaften Gedanken erfüllt sein würde, als die sonstigen Volksreden Löbes. Immerhin können diejenigen Arbeiter, die ihn gerne gehört hätten, wieder einmal eine Lehre daraus ziehen, wie herrlich weit uns die SPD-Politik vor und nach dem 9. November gebracht hat.

Auch ein Retter

In der bürgerlichen Presse finden wir folgendes Inserat:

Die mageren Jahre sind zu Ende,
Die fetten Jahre fangen an,
Legt ihr die Macht in Hörsing's Hände*),
Der euch allein erretten kann.
*) Otto Hörsing — der Spitzenkandidat der Sozial-Republikanischen Partei Deutschlands (Hörsing-Bewegung für Arbeitsbeschaffung) Liste 17.

Wieviel Wähler werden wohl auf diesen großsprecherischen Dummkopf hereinfallen? Ebensogut könnten sie den Gesundbeter Weißenberg wählen, der bekanntlich alle Krankheiten und Weltnöte durch das Auflegen von weißem Käse zu heilen versucht. Hörsing's Rezepte sind um keinen Grad sinnvoller.

Aus der Partei

Wahlkreis Oberbayern-Schwaben. Infolge eines Hörfehlers am Telephon ist unsere Kandidatenliste falsch veröffentlicht worden. Sie lautet richtig:

1. Max Seydewitz, 2. Georg Ledebour, 3. Franz Marx, 4. Fritz Vogel, 5. Richard Kaempfer, 6. Albert Fein.

Wählt nur Liste 18

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weichsel 3422

Sonnabend, 5. November
nachmittags 3 Uhr
Frau Holle
Abends 8.15 Uhr
Der Zigeunerbaron
Abends 11.45 Uhr
Die angebläute Eva

Der Niedergang des deutschen Kapitalismus
von Fritz Sternberg
Ladenpreis 9 Mark
Genossen u. Genossinnen der SAP erhalten nach wie vor das Werk für 4.50 Mk. Niemand versäume diese günstige Kaufgelegenheit. Bestellungen an die Expedition der SAZ, Breslau, Kleine Holzstraße 3.